



STADT und GEMEINDE

digital



Lokal
wirtschaften

DAS GELINGEN VON STADTENTWICKLUNGSPROJEKTEN IN KLEINSTÄDTEN von Siw Foge	Seite 04
LOKAL WIRTSCHAFTEN HEISST LOKAL ERLEBEN von Roland Wölfel	Seite 08
REGIONALE ERNÄHRUNGSPOLITIK IST AKTIVES STANDORTMARKETING von Andrea Winter	Seite 13
KOMMUNALE GRÜNDUNGSFÖRDERUNG ALS MOTOR REGIONALER ENTWICKLUNG von Jan Strehmann	Seite 16
ZWISCHEN ZWEI WELTEN KOMMUNEN UND STARTUPS von Christoph Meineke	Seite 20
REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN & FACHKRÄFTE BINDEN von Adrian von Nostitz	Seite 24
GEMEINSAM FÜR DIE VIELFALT UND BIODIVERSITÄT von Dr. Corinna Hölzer	Seite 27
DAS 30 HEKTAR-ZIEL KOMMUNALE PLANUNGSKOMPETENZEN STÄRKEN von Bernd Düsterdiek	Seite 30
REGIONALKONFERENZ "MITTENDRIN UND GUT VERSORGT" IN NIEDER-OLM	Seite 33

SERIE KOMMUNE INTERNATIONAL – INTERVIEW mit Bürgermeister a. D. Patrick Koch "FACHKRÄFTEGEWINNUNG WIRD ZUR ZUKUNFTSFRAGE DER KOMMUNEN"	Seite 36
VOM MUT, BEWÄHRTES ZU TEILEN von Robert Kampik, Nina Schiegl + Annalena Schmidt-Faber	Seite 39
"STURZPRÄVENTION, DIE WIRKT" INTERVIEW mit Klaus-Dietrich Rade	Seite 41
DIE GEMEINDE(UN)ORDNUNG DER SCHLÜMPFE von Dr. Dr. Grischka Petri	Seite 44
BRÜSSELER GERÜCHTE – FOLGE 66	Seite 48
MELDUNG FINANZEN	Seite 38

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift:
Stadt und Gemeinde DIGITAL
Marienstraße 6
12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-201
Fax: 030/773 07-222
janina.salden@dstgb.de
www.dstgb.de

Herausgeber:
DStGB Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. André Berghegger
Uwe Zimmermann

Anzeigenredaktion:
kristine.stuevecke@dstgb.de

Redaktionsteam:
Alexander Handschuh, Dr. Janina Salden
Kristine Stüvecke, Birgit Pointinger

Grafik & Satz:
DStGB Dienstleistungs-GmbH
birgit.pointinger@dstgb.de



STAATSMODERNISIERUNG MIT BODENHAFTUNG



Seit einem Jahr herrscht beim Thema Staatsmodernisierung Eile und Geschäftigkeit. Neues Ministerium, neue Struktur, neue Agenda hier, neue Agenda da, „Stacks“, „Hubs“, „Innovation“ und noch ein bisschen mehr Tempo, bitte. Die im Dezember letzten Jahres verabschiedete Föderale Modernisierungsagenda soll bis Juni dieses Jahres Früchte tragen. Verwaltungsabläufe sollen entschlackt, verkürzt, vereinfacht, entlastet und beschleunigt werden – manches mithilfe von befristeten Experimentierklauseln, anderes in agiler Arbeitsweise in wenigen Meetings erdacht oder nur an einem Exempel erprobt und für serientauglich befunden. Ganz Deutschland ein Innovation Hub.

Doch ob Staatsmodernisierung tatsächlich Wirkung entfaltet, entscheidet sich nicht allein an der Betriebsamkeit und auch nicht allein auf Bundesebene – es entscheidet sich dort, wo rund 80 Prozent aller Verwaltungsleistungen erbracht werden: in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Kommunen sind der erste Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und zugleich das sichtbare Gesicht des Staates.

Die Ausgangslage ist anspruchsvoll: Kommunen stehen unter erheblichem finanziellem Druck, der demografische Wandel verschärft den Personal- und Fachkräftemangel, während Aufgaben und Erwartungen weiter steigen. Abgesehen von mehr finanziellem Spielraum ist folglich nichts wichtiger, als dass die Digitalisierung als zentraler Hebel eingesetzt wird, um Verwaltung effizienter, einfacher und serviceorientierter zu gestalten. Andere Hebel, um diese Ziele bei zunehmendem Personalmangel zu erreichen, bleiben nämlich kaum. Der Druck ist hoch. Und es ist kein Geheimnis, dass gerade die Kommunen bereit sind, durch den Einsatz von KI ihre Routinetätigkeiten zu automatisieren, um Abläufe zu beschleunigen und ihre Mitarbeitenden zu entlasten.

Dafür muss der Blick aber stärker auf die Alltagstauglichkeit digitaler Lösungen gelenkt werden. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob ein Projekt in einer Modellkommune funktioniert, sondern ob es unter realen Bedingungen – mit begrenzten Ressourcen, unter haushaltsrechtlichen Vorgaben und in Verwaltungen ganz unterschiedlicher Größe – skalierbar ist. Die Bedarfe der Kommunen müssen daher von Beginn an umfassend in bundes- und landesweite Digitalvorhaben einbezogen werden.

Mit dem neuen Ministerium hat das Thema Digitalisierung ein eigenes Haus und mit dem Minister ein Gesicht bekommen. Nach einem Jahr brauchen wir jetzt dringend noch die geeignete Sprache, um in Verbindung zu treten. Bisweilen bestehen noch an vielen Stellen Übersetzungs- und Verständnisprobleme, manchmal gar Sprachlosigkeit. Die Städte und Gemeinden müssen über ihre Interessenvertretungen eingebunden und adressiert werden. Von kommunalrelevanten Neuerungen aus der Presse zu erfahren, stärkt das Vertrauen in die Zusammenarbeit auf Augenhöhe jedenfalls nicht.

Staatsmodernisierung ist kein abstraktes Reformprojekt. Und Tempo allein ist kein Qualitätsmerkmal. Über viele Jahre wurden Reformbemühungen ausgebremst. Dass bei dem zentralen Thema der Staatsmodernisierung nun aufs Gaspedal gedrückt wird, befürwortet auch die kommunale Ebene ausdrücklich. Allerdings empfiehlt es sich, immer wieder einen Schulterblick zu wagen und hin und wieder auch, einen Gang zurückzuschalten, um nicht die Bodenhaftung zu verlieren.

Ihr

Dr. André Berghegger



DAS GELINGEN VON STADTENTWICKLUNGSPROJEKTEN IN KLEINSTÄDTEN

DER BESONDERE EINFLUSS VON BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTERN

Siw Foge | Kleinstadt Akademie

Die Kleinstadt Akademie macht praxiserprobte Lösungen für zentrale Herausforderungen der Stadtentwicklung in kleinen Städten sichtbar und zugänglich – unter anderem mit dem aufsuchenden Erfahrungsaustausch-Format "Kleinstadt Akademie auf Tour" oder auch den regelmäßigen "Kleinstadt Web-Talks". Im Mittelpunkt steht dabei stets die Übertragbarkeit. Sprich: Was können andere Kleinstädte aus erfolgreichen Beispielen lernen?

Bei der Vielzahl spannender Projekte fällt immer wieder auf, dass sich bestimmte Erfolgsfaktoren regelmäßig ähneln. Einer davon ist der signifikante Einfluss der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters als handelnde Person, die Prozesse prägt, Akteure zusammenbringt und Projekten Gewicht verleiht. In vielen Fällen wird dieser Einfluss erst auf den zweiten Blick sichtbar, erweist sich aber als zentral

für das Gelingen. So ließen sich aus den Beispielen, die uns in den vergangenen Monaten begegnet sind, verschiedene einflussreiche Rollen ableiten, in denen Stadtoberhäupter maßgeblich zum Erfolg von Stadtentwicklungsprojekten in Kleinstädten beitragen. Insbesondere diese fünf:

DER BESCHLEUNIGER – PROJEKTE ZUR CHEFSACHE MACHEN

In Verwaltungen konkurrieren zahlreiche Themen um Aufmerksamkeit und Ressourcen. Wird ein Vorhaben zur Chefsache erklärt, erhält es einen großen Vorteil in diesem Prioritäten-Wettbewerb: Mitarbeitende wissen um die gesteigerte Aufmerksamkeit, die das Projekt im Haus wie auch in der Stadt erhält, und Prozesse gewinnen an Tempo. So wurde zum Beispiel in Wächtersbach der Umbau eines leer-



» Bei der Vielzahl spannender Projekte fällt immer wieder auf, dass sich bestimmte Erfolgsfaktoren regelmäßig ähneln. Einer davon ist der signifikante Einfluss der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters als handelnde Person, die Prozesse prägt, Akteure zusammenbringt und Projekten Gewicht verleiht.«

Siw Foge
Leiterin Kleinstadt Akademie

stehenden Stadtschlösses zum neuen Rathaus gezielt auf der Leitungsebene verankert. Bürgermeister und Verwaltungsspitze übernahmen gemeinsam die Projektsteuerung – ein Signal, das intern wie extern Wirkung zeigte und maßgeblich dazu beitrug, das Vorhaben konsequent und ohne größere Verzögerungen umzusetzen.

DER NETZWERKER – VERWALTUNG UND EXTERNE VERBINDEN

Viele Herausforderungen lassen sich nicht allein aus dem Rathaus heraus lösen. Erfolgreiche Projekte entstehen dort, wo es gelingt, unterschiedliche Akteure zusammenzubringen und gemeinsame Interessen zu identifizieren. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können hier als Türöffner wirken – zwischen Verwaltung und Politik, zu übergeordne-

ten Ebenen oder in die lokale Wirtschaft und Bürgerschaft hinein. In Freyung etwa konnte eine traditionsreiche Brauerei durch die Gründung einer Bürgergenossenschaft erhalten werden. Der Bürgermeister unterstützte das Vorhaben auch finanziell, trug vor allem aber maßgeblich dazu bei, Menschen für die Idee zu gewinnen, Kontakte zu Fachleuten herzustellen und eine breite lokale Bewegung zu initiieren.

DER ÜBERSETZER – AKZEPTANZ SCHAFFEN DURCH KOMMUNIKATION

Gerade bei komplexen, langwierigen oder kontrovers diskutierten Vorhaben ist es entscheidend, diese verständlich zu vermitteln und die Bürgerschaft einzubeziehen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister spielen hier eine zentrale Rolle, indem sie kommunikativ zwischen Verwaltung, Politik

und Öffentlichkeit vermitteln und unterschiedliche Perspektiven zusammenführen. In Schlüchtern beispielsweise wurde ein einstiges Kaufhausareal mitten in der Innenstadt durch die Stadt angekauft, abgerissen und unter intensiver Bürgerbeteiligung eine neue gemischte Nutzung entwickelt. Das bedeutete auch: eine langfristige Großbaustelle mitten in der Innenstadt und ein völlig neues architektonisches Bild an zentraler Stelle. Die kontinuierliche persönliche Kommunikation durch den Bürgermeister und sein Team trug wesentlich dazu bei, auch kritische Stimmen einzubinden und die Akzeptanz für das Projekt über den Entwicklungsprozess hinweg zu sichern. Unter den Bedingungen der Pandemie setzte man dabei verstärkt auf Social Media, digitale Beteiligungsveranstaltungen, Livestreams und dialogorientierte Online-Angebote.

DER WERTSCHÄTZENDE – ENGAGEMENT GEZIELT STÄRKEN

In Kleinstädten steckt großes Potenzial für persönliches Engagement. Ob sich jemand in ein Vorhaben einbringt oder nicht, ist oft eine emotionale Entscheidung. Die direkte Ansprache durch das Stadtoberhaupt kann dabei kleine Wunder bewirken: Sie signalisiert Wertschätzung. Das kann entscheidend dazu beitragen, Menschen für ein Projekt zu gewinnen und langfristig zu binden. Beispiel Dörentrup: Dort wurde zur Sicherung der medizinischen Versorgung ein Netzwerk aus Arztpraxen, Apotheken und weiteren Gesundheitsakteuren vor Ort aufgebaut. Dafür suchte der Bürgermeister gezielt das persönliche Gespräch mit den Beteiligten, hörte zu und nahm ihre Perspektiven ernst. Diese Form der direkten und wertschätzenden Ansprache wurde von den Akteuren selbst als wesentlicher Impuls für das Zustandekommen und die spätere Verstetigung des Netzwerks benannt.

DER AUSDAUERENDE – PROJEKTE ÜBER LANGE STRECKEN TRAGEN

Viele Stadtentwicklungsprojekte verlaufen nicht geradlinig. Verzögerungen, Widerstände und sich verändernde Rahmenbedingungen gehören zum Alltag. Umso wichtiger

ist es, Vorhaben über längere Zeiträume konsequent weiterzuverfolgen und immer wieder zu stabilisieren. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind es, die prädestiniert dafür sorgen können, dass solche Projekte im fordernden Tagesgeschäft nicht untergehen. In Ebern wurde eine ehemalige Kaserne über viele Jahre hinweg zu einem Gewerbepark entwickelt – begleitet von Planänderungen, politischen Diskussionen und rechtlichen Auseinandersetzungen. Dass am Ende rund 40 Unternehmen angesiedelt werden konnten und über 300 Arbeitsplätze entstanden sind, ist auch dem langen Atem der kommunalen Führung zu verdanken, die das Projekt über Amtszeiten und sogar über personelle Wechsel hinweg getragen und weiterentwickelt hat.

Neben diesen fünf Rollen gibt es ohne Frage weitere Einflussfaktoren in der Person des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin, die uns in vielen gelungenen Projekten begegnen: Mut und Experimentierfreude zum Beispiel, oder auch das Gespür, die richtigen Personen mit der Umsetzung zu betrauen. Gerade in Kleinstädten, in denen Entscheidungswege kurz sind und persönliche Beziehungen eine große Rolle spielen, entfaltet das Handeln der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters eine besondere Wirkung. Gelingende Stadtentwicklungsprojekte sind damit auch eine Frage von Führung. Wenn sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihres wichtigen Einflusses auf solche Projekte bewusst sind, können sie selbst einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Schlüsselprojekte erfolgreich zu realisieren. ■

Weiterführende Informationen und Kontakt

Eine Übersicht über kommende Veranstaltungen der Kleinstadt Akademie ist zu finden unter www.kleinstadtakademie.de



Weitere Informationen können angefragt werden über die Pressestelle: Tim Kühne, Kommunikation Kleinstadt Akademie, 03877 5646826 | info@kleinstadtakademie.de

A man with a beard, wearing a green button-down shirt and dark trousers, stands in a modern office with large windows. In the background, a large, glowing red digital dinosaur is superimposed over the office scene, symbolizing technology and innovation.

Bereit für eine nachhaltige Veränderung.

Durch gezielte Investitionen gut aufgestellt in die Zukunft.

Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation – mit passgenauen Finanzierungen aus dem starken Verbund von Sparkassen, Landesbanken und Deutsche Leasing.



Weil's um mehr als Geld geht.



LOKAL WIRTSCHAFTEN HEISST LOKAL ERLEBEN

Roland Wölfel | CIMA Beratung + Management GmbH

Wie messen wir künftig den Erfolg unserer Innenstadt, wenn der Einzelhandelsumsatz als alleinige Leitwährung ausgedient hat? Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist diese Frage längst zur strategischen Überlebensfrage geworden. Die klassische Fußgängerzone, jahrzehntelang von großen Filialisten getragen, verliert an Zugkraft. Doch statt den Niedergang zu verwalten, bietet sich die historische Chance, lokales Wirtschaften völlig neu zu definieren und die Zentren als multifunktionale Lebensräume zu stärken.

GASTRONOMIE, HANDEL, STADTBILD – DER NEUE DREIKLANG

Die Deutschlandstudie Innenstadt 2024, eine repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit dem Handelsverband Deutschland (HDE) und der

Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcSD), belegt den Wandel eindrücklich: Handel ist nach wie vor der wichtigste Besuchsgrund für unserer Zentren, aber bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen gewinnen Faktoren wie „Leute Treffen“ stark an Bedeutung.

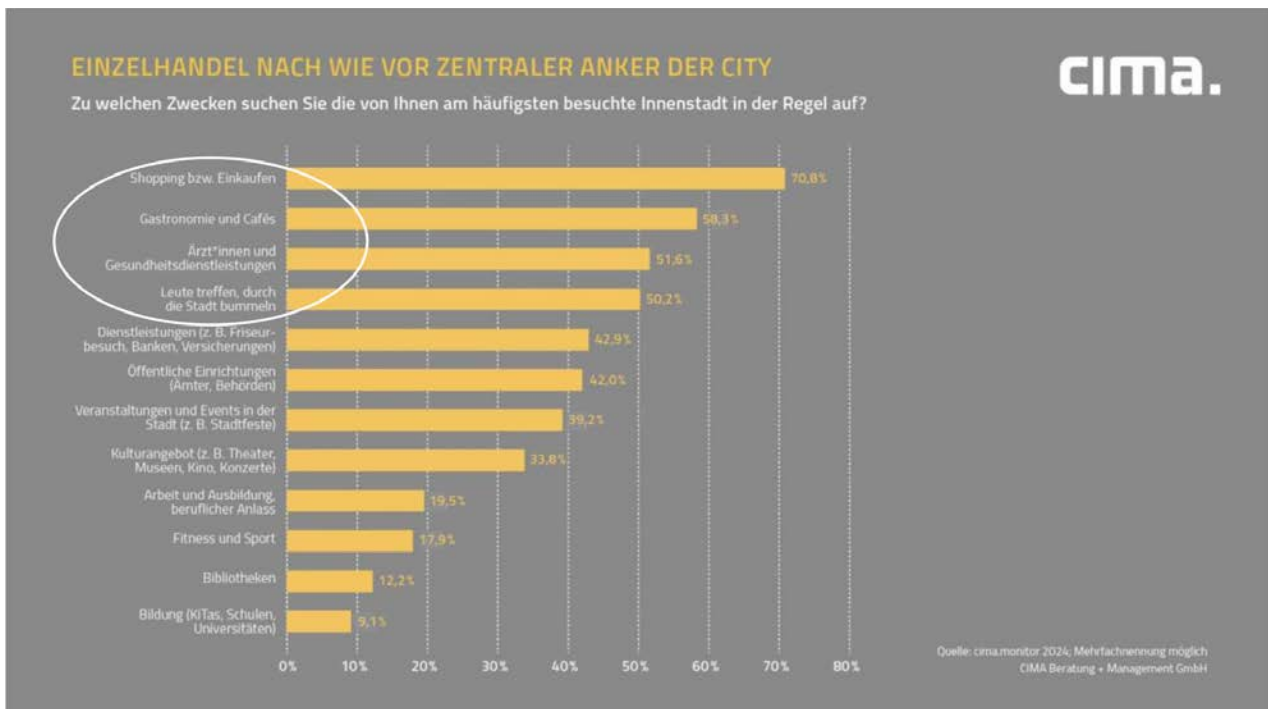
Heute ist es ein starker Dreiklang aus Gastronomie (59,9 %), Einzelhandel (57,6 %) und attraktivem Stadtbild (54,4 %), der für die Menschen die Zentren attraktiv macht.

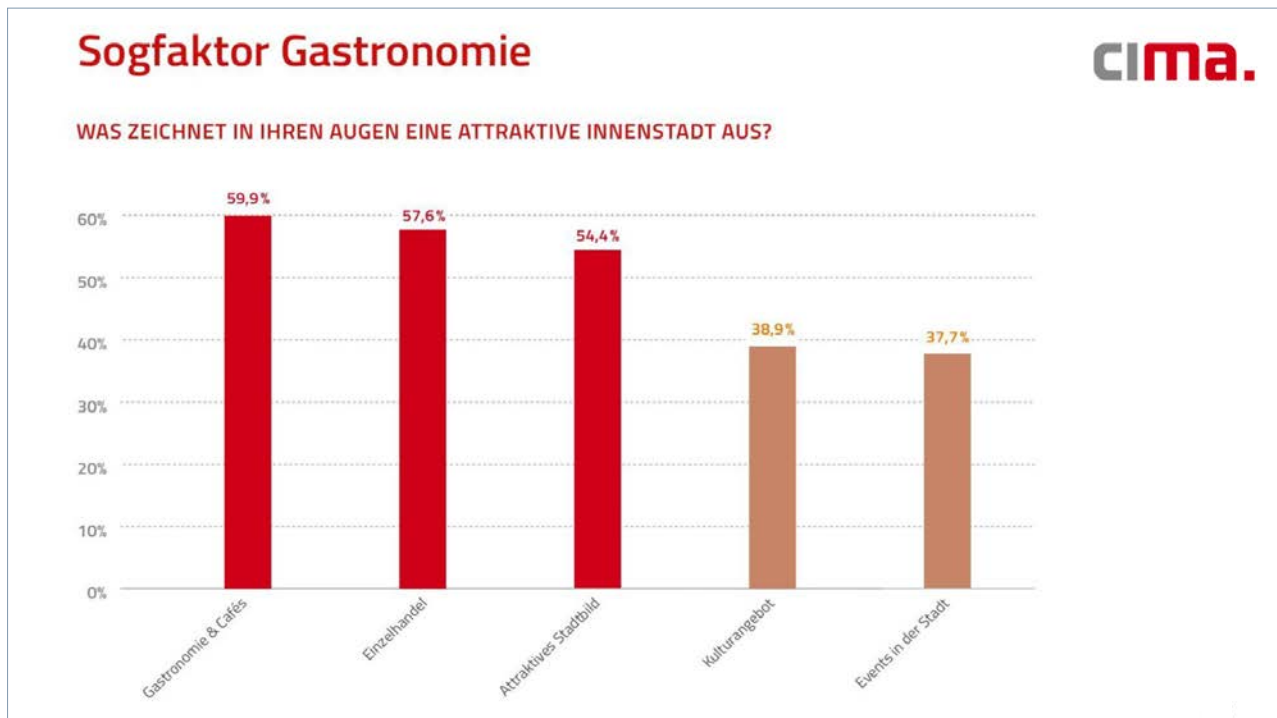
Reine Versorgungskäufe weichen dem Wunsch nach Aufenthalts- und Erlebnisqualität. Nachhaltigkeit ist dabei vom weichen Wohlfühl-Faktor zur harten Standortanforderung gereift: 62,6 % der Befragten priorisieren mehr Grün durch Klimaoasen in der Innenstadt, 60,5 % fordern geeignete Stadtbäume zur Verbesserung des Mikroklimas.



Reine Versorgungskäufe weichen dem Wunsch nach Aufenthalts- und Erlebnisqualität. Nachhaltigkeit ist dabei vom weichen Wohlfühl-Faktor zur harten Standortanforderung gereift: 62,6 % der Befragten priorisieren mehr Grün durch Klimaoasen in der Innenstadt.»

Roland Wölfel
Geschäftsführer und Partner,
CIMA Beratung + Management GmbH





„Nachhaltige Innenstädte“ wie etwa Freiburg oder Münster rangieren seit Jahren auf der Beliebtheitskala ganz vorne.

WOCHENMARKT, REGIONALLADEN, KREISLAUFWIRTSCHAFT – DER NEUE NUTZUNGSMIX

Als Frequenzbringer für regionale Produkte erweisen sich weiterhin die Wochenmärkte, die über alle Angebotsformen hinweg die besten Bewertungen erhalten – 37,9 % der Bevölkerung vergeben die Note gut oder sehr gut (Deutschlandstudie 2024). Zugleich signalisieren 32,6 %, dass es an nachhaltig orientierten Formaten wie Unverpacktläden, Second Hand etc. mangelt. Globetrotter entdeckt mittlerweile den Verkauf von Second Hand Artikeln als Frequenzverstärker. Kommunen sollten diese Signale als Gestaltungsauftrag für ihre Wirtschaftsförderung begreifen.

Wie das konkret gelingen kann, zeigen Praxisbeispiele aus dem zertifizierten Projektpool „Unsere Stadtimpulse“ (www.unsere-stadtimpulse.de), einer gemeinsamen Initiative von Deutschem Städte- und Gemeindebund, HDE, bcsd und Deutschem Städtetag: In Osnabrück hat die Wirtschaftsförderung 2018 den Pop-up-Regionalladen „Zwischenzeit“ initiiert. Regionale Produzentinnen und Produzenten bespielen dort wechselnde Leerstände und tragen die Organisation seit 2019 selbstständig weiter. Das Entscheidende: Das Projekt hat sich aus der Förderlogik

gelöst und trägt sich eigenständig. Das zeigt: Wenn Wirtschaftsförderung gezielt als Vermittlerin zwischen Immobilieneigentümern und lokalen Produzenten agiert, können auch andernorts vergleichbare Strukturen entstehen.

Noch einen Schritt weiter geht der Konzeptladen „Wiederschön“ in Leipzig. Auf 550 Quadratmetern eines vormals leerstehenden Geschosses in den „Höfen am Brühl“ bündelt er Second-Hand-Mode, Upcycling-Möbel, eine Schuhreparatur-Werkstatt, 3D-Druck aus gerettetem Polymer und einen Werkzeugverleih. Finanziert über das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Zentren“, ist „Wiederschön“ gläserne Werkstatt und nachhaltiger Marktplatz in einem – und macht Kreislaufwirtschaft für Passanten buchstäblich sichtbar.

Quellen und weiterführende Informationen

- › **Deutschlandstudie Innenstadt 2024**, CIMA Beratung + Management GmbH (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit bcsd e. V. und HDE e. V., München 0 4.
Download: www.cimamonitor.de
- › **Projektpool „Stadtimpulse“**: Projekte „Wiederschön“ (Leipzig) und „Zwischenzeit“ (Osnabrück)
www.unsere-stadtimpulse.de
- › **Bundesprogramm „Zukunftsfähige Zentren“**:
www.zukunftsfaeihige-innenstaedte.de
- › **Forschungsprojekt „Natur Urban – Gewerbegebiete im Klimawandel“**, gefördert vom BMUV:
www.cima.de/referenzen/natur-urban-gewerbegebiete-im-klimawandel

KLIMAAANPASSUNG ALS STANDORTFAKTOR

Damit neue Nutzungsformate dauerhaft funktionieren, brauchen sie ein attraktives Umfeld. Klimaanpassung und Innenstadtbelebung sind dabei keine Gegenspieler, sondern verstärken einander. Das Forschungsprojekt „Natur Urban – Gewerbegebiete im Klimawandel“, gefördert vom Bundesumweltministerium, zeigt: Naturbasierte Lösungen nach dem Schwammstadt-Prinzip – schattenspendende Bäume, Wasserspiele, entsiegelte Plätze – mindern nicht nur den sommerlichen Hitzestress, sondern erhöhen nachweislich die Verweildauer. Für den angrenzenden Handel und die Gastronomie ist das direkte Wirtschaftsförderung.

NEUE INDIKATOREN FÜR DEN INNENSTADTERFOLG

Wenn Einzelhandelsumsatz nicht mehr die alleinige Messgröße ist, braucht es neue strategische Indikatoren. In der Praxis haben sich messbare Größen etabliert: Passantenfrequenz, Verweildauer, Leerstandsquote und die Vielfalt des Nutzungsmixes bilden die Vitalität einer Innenstadt deutlich besser ab als der reine Handelsumsatz. Die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ergänzt diesen Rahmen um

Faktoren wie ökologische Resilienz und soziale Teilhabe. Kommunen, die solche Indikatoren systematisch erheben, schaffen eine belastbare Entscheidungsgrundlage für ihre Räte und machen den Erfolg neuer Nutzungskonzepte sichtbar.

RESÜMEE: LOKAL WIRTSCHAFTEN BRAUCHT MUT UND MODERATIONSKUNST

Die Deutschlandstudie Innenstadt zeigt: Drei von fünf Befragten bleiben trotz multipler Krise treue Innenstadtbesucher. Diese Bindung ist kein Automatismus, sie will verdient werden. Kommunen, denen es gelingt, Wochenmärkte durch passgenaue Konzepte zu stärken, wie es etwa mit dem Fürther Markt – Schnabulieren 2.0 oder in Pulheim erfolgreich vorgemacht wird, gläserne Werkstätten nach dem Vorbild Solingens in zentrale Leerstände zu bringen, Regionalläden als Begegnungsorte zu fördern und den öffentlichen Raum klimagerecht umzubauen, schaffen einen neuen, resilienten Funktionsmix. Die Innenstadt wird dann nicht nur Handelsstandort, sondern erlebbarer Wirtschaftsraum. Sie wird das pochende gesellschaftliche und ökonomische Herz der Kommune. ■

Anzeige

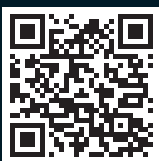
Moderne Gewerbe- und Logistikflächen mieten

Die MLP Group ist der Spezialist, wenn es um hochwertige Gewerbe-, Industrie- und Logistik-Parks geht. Aktuell stehen in vier unserer Parks in Deutschland und Österreich attraktive Flächen zur Vermietung zur Verfügung. Unsere Projekte überzeugen durch:

- Top-Lage
- Flexibel teilbare Einheiten
- Nachhaltige Bauweise
- DGNB-Zertifizierung
- Teilweise Ausstattung mit WGK-Folie

Erfahren Sie mehr über unsere Parks:

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!
info.de@mlpgroup.com



MLP
GROUP

Deutschland

- MLP Business Park Schalke** (ab Q4/2026) - Gelsenkirchen
- MLP Berlin Spreenhagen** (ab sofort) - Berlin
- MLP Business Park Idstein** (ab Q1/2027) - Idstein

Österreich

- MLP Business Park Wien** (ab sofort) - Wien

GREEN INDUSTRIAL REAL ESTATE

Logistikimmobilien als Teil der Kommunalen Wärmeplanung (KWP)

Mir ihrer Studie zur Kommunalen Wärmeplanung verdeutlicht die Initiative Logistikimmobilien (Logix) das große Potenzial von Logistikimmobilien für die kommunalen Energie- und Wärmenetze. Gleichzeitig stellt die Studie Herausforderungen und Handlungsempfehlungen vor.

Seit Beginn 2024 sind Städte und Gemeinden im Rahmen des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) angehalten bis Mitte 2028 kommunale Wärmepläne anzufertigen. Die Initiative Logistikimmobilien (Logix) hat im Rahmen der von ihr beauftragten Studie „Logistikimmobilien als Pfeiler der Kommunalen Wärmeplanung“ dargestellt, wie die Gebäude aufgrund ihrer Größe, Lage und Ausstattung Kommunen signifikant bei ihrer klimaneutralen Wärmeversorgung unterstützen können.

Potenziale für nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung

Die Studie zeigt, welche Möglichkeiten Logistikimmobilien für eine nachhaltigere Energie- und Wärmeversorgung bieten: Sie können beispielsweise erneuerbare Energie erzeugen und so den CO₂-Ausstoß senken. Ihre großen Dachflächen eignen sich ideal für Photovoltaik. Wärmepumpen, Geothermie und die Einspeisung von Abwärme aus Kühlprozessen in Nah- und Fernwärmenetze ermöglichen zudem eine klimafreundliche Wärmeversorgung.

Weiterhin weisen die Autoren der Studie darauf hin, dass Logistikimmobilien als Energie- und Mobilitätsknotenpunkte fungieren können. Die beispielsweise durch Photovoltaikanlagen gewonnene Energie kann für die lokale Ladeinfrastruktur von Elektrofahrzeugen eingesetzt werden. Diesbezüglich erweist sich auch die Lage von Logistikzentren in der Nähe von Autobahnen als strategisch vorteilhaft.

Herausforderungen und Maßnahmen

Neben den Potenzialen zeigt die Studie die Herausforderungen bei der Integration von Logistikimmobilien

in die kommunale Infrastruktur auf. So müssen etwa Traglastreserven und Netzkapazitäten frühzeitig berücksichtigt und Investitionen getätigt werden. Zudem sind für die Nutzung der Potenziale nicht nur die Zusammenarbeit von Kommunen, Energieplanern, Logistikunternehmen und Projektentwicklern sowie einer besseren Netzanbindung notwendig, sondern auch eine politische Förderung und wirtschaftliche Anreize.

Weitere Informationen unter <https://logix-award.de>

Als Orientierung gibt die Studie der Logix Initiative entsprechende Handlungsempfehlungen. Sie ist online verfügbar unter logix-award.de/publikationen



ÜBER LOGIX

Die Initiative Logistikimmobilien (Logix) ist die zentrale Plattform der Logistik- und Industrieimmobilienbranche in Deutschland. Sie bündelt die Interessen der Branche, greift relevante Themen auf und fördert Forschung, Kommunikation sowie Dialog zwischen allen Marktteilnehmern – von Kommunalvertretern, Wirtschaftsförderern, Entwicklern, Bauunternehmen sowie Nutzern, Investoren und weiteren Stakeholdern. Mit der Expertise der Mitglieder sowie externer Fachleute führt Logix Studien- und Publikationsprojekte rund um Logistik- und Industrieansiedlungen durch.



REGIONALE ERNÄHRUNGSPOLITIK IST AKTIVES STANDORTMARKETING

NETZWERK REGIOKommune
UNTERSTÜTZT KOMMUNEN BEI DER STÄRKUNG
REGIONALER NAHVERSORGUNGSTRUKTUREN

Andrea Winter | Bundesverband der Regionalbewegung e. V.

Gerade in krisenbehafteten Zeiten wird deutlich, wie wichtig resiliente, regional verankerte Strukturen sind. Der Erhalt und Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe ist dabei nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern eine Frage der Daseinsvorsorge und der Zukunftsfähigkeit vor allem ländlicher aber auch städtischer Räume. Kommunen können hier eine Schlüsselrolle einnehmen, indem sie Akteure zusammenbringen, Kooperationen initiieren und gezielt Impulse für nachhaltige Entwicklungen setzen. Um ihre Handlungsspielräume in diesen Themenbereichen besser und effektiv nutzen zu können, benötigen sie jedoch intensiven Austausch, Orientierung und Unterstützung. Hier setzt das Netzwerk REGIOkommune an, in dem der Bundesverband der Regionalbewegung e. V. in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund Städte, Gemeinden und

Der Bundesverband der Regionalbewegung e. V.

Der Bundesverband der Regionalbewegung e. V. (BRB) agiert seit 2005 als Dachverband und Interessenvertretung für die vielseitigen Akteur*innen entlang von regionalen Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig ist er Kompetenznetzwerk und Impulsgeber und stößt bundesweit Regionalisierungsprozesse in der Land- und Ernährungswirtschaft an. Zu den 360 Mitgliedsorganisationen zählen Regionalinitiativen, Kommunen, Start-ups aus der Regiobranche sowie kleine Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft.



Landkreise dabei unterstützt, eine aktive Rolle in der Gestaltung regionaler Ernährungssysteme einzunehmen.

„Regionale Ernährungspolitik“ steht in der kommunalen Praxis selten im Vordergrund, während die dahinterliegenden Themen, wie die Sicherung einer verlässlichen regionalen Nahversorgung, die Belebung von Innenstädten und Ortskernen sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe allgegenwärtig sind und zu den zentralen Herausforderungen für Kommunen zählen.

Das Bewusstsein ist da: Gestärkte und funktionsfähige regionale Wirtschaftskreisläufe in der Land- und Ernährungswirtschaft wirken sich weit über das eigentliche Thema „Ernährung“ hinaus aus: Sie fördern die lokale Wertschöpfung, stärken die regionale Identität, verbessern Umwelt- und Klimaschutz und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Strategien in diesem Bereich können damit zum verbindenden Element zwischen Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt werden.

Doch die Praxis ist herausfordernd: Wie können regionale Strukturen der Lebensmittelwirtschaft erhalten, Wertschöpfung vor Ort gestärkt und die regionale Nahversorgung langfristig gesichert werden? Wie können Dorfkerne attraktiv, Innenstädte lebendig und Versorgungsstrukturen funktionsfähig gestaltet werden und damit eine hohe Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden? Genau hier stoßen viele Städte und Gemeinden an ihre

Grenzen. Begrenzte Ressourcen, hohe Arbeitsbelastung und die hohe Komplexität des Themas erschweren es, das noch neue Handlungsfeld systematisch anzugehen. Gleichzeitig wächst der Handlungsdruck: Der Verlust regionaler Versorgungsstrukturen, zunehmender Leerstand und die Abhängigkeit von globalen Lieferketten machen deutlich, dass Lösungsansätze dringend gefragt sind.

NETZWERK REGIOkommune UNTERSTÜTZT KOMMUNEN PRAXISNAH IN DER ERNÄHRUNGSPOLITIK

Hier setzt das bundesweite Netzwerk REGIOkommune des Bundesverbands der Regionalbewegung e.V. an. Es unterstützt Kommunen dabei, ihre Rolle als aktive Gestalter regionaler Ernährungssysteme zu stärken – praxisnah, vernetzend und sichtbarkeitsorientiert. Ziel ist es, kommunales Engagement zu bündeln, gute Beispiele öffentlich zugänglich zu machen und den Austausch zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen zu fördern.

Das Netzwerk bietet Antworten zu Fragen, die sich Kommunen häufig stellen: Wie lassen sich regionale Produkte besser vermarkten? Wie können Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Gemeinschaftsverpflegung gestärkt werden? Und wie gelingt es, die eigene Region als Wirtschafts- und Lebensraum nachhaltig weiterzuentwickeln? Das Netzwerk bietet hierfür eine Plattform, auf der Erfahrungen geteilt, Ideen weiterentwickelt und konkrete Lösungsansätze diskutiert werden können.



Andrea Winter
Bundesverband der
Regionalbewegung e. V.

» Regionale Nahversorgungsstrukturen übernehmen neben ökonomischen und ökologischen auch unschätzbar wichtige gesamtgesellschaftlich-soziale Funktionen. Sie sind Fundament unserer Demokratie und können Sicherheitsarchitektur in einer globalisierten Welt sein.«

IM NETZWERK REGIOkommune KOMMUNALES ENGAGEMENT SICHTBAR MACHEN

Ein zentrales Element ist die Sichtbarkeit: Kommunen, die sich engagieren, werden in der Daten- und Informationsplattform für Regionalität des Bundesverbandes der Regionalbewegung e.V., dem REGIOportal, präsentiert und machen ihre Aktivitäten bundesweit zugänglich. Dadurch entstehen nicht nur neue Impulse für andere Kommunen, sondern auch Chancen für Kooperationen über Regionsgrenzen hinweg.

Dabei reichen Handlungsspielräume von regionaler Beschaffung bei Sitzungen und Veranstaltungen, Bevorzugung regionaler Erzeuger bei Wochen- oder Bauernmärkten, regionale Einkaufsführer oder Aktionen zur Verbraucherbewusstseinsbildung bis hin zu offiziellen Ansprechpersonen zu Regionalität in der Verwaltung oder kommunalen Beschlüssen. Erfolgreiche Praxisbeispiele zeigen auf der Plattform, wie innovative Projekte vor Ort umgesetzt werden können.

REGIOkommune WERDEN UND VOM NETZWERK PROFITIEREN

REGIOkommune versteht sich dabei nicht als zusätzliches Aufgabenfeld, sondern als unterstützendes Instrument für bestehende kommunale Ziele. Ob Innenstadtentwicklung, Wirtschaftsförderung oder Daseinsvorsorge – die Stärkung

REGIOportal des Bundesverbandes der Regionalbewegung

Als bundesweit einzige Informations- und Datenplattform für Regionalität liefert und kategorisiert das REGIOportal Informationen zur vielfältigen Landschaft regionaler Initiativen, Akteure, Projekte und Kommunen, die sich deutschlandweit für eine Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, der Regionalvermarktung und der ländlichen Räume engagieren.

In frischem Look und einer neu überarbeiteten klaren Struktur bündelt es derzeit rund 300 Regionalinitiativen und neu auch REGIOkommunen aus ganz Deutschland.

Zum REGIOportal: www.regioportal.org

Zur Übersicht der REGIOkommunen im REGIOportal:
<https://regioportal.org/initiativen?regiokommune>

Kostenlos und unkompliziert als REGIOkommune
ins REGIOportal eintragen:
<https://regioportal.org/register>

regionaler Strukturen zählt auf viele dieser Bereiche gleichzeitig ein.

Für Kommunen bietet das Netzwerk damit einen niedrighwelligen Einstieg in ein komplexes Themenfeld: mit konkreten Praxisbeispielen, Austauschmöglichkeiten auf Augenhöhe und der Chance, eigene Aktivitäten sichtbar zu machen und weiterzuentwickeln.

Die Herausforderungen sind groß – aber die Potenziale ebenso. Kommunen, die regionale Stärken erkennen und gezielt nutzen, können nicht nur ihre Wirtschaftskraft steigern, sondern auch ihre Attraktivität als Lebensraum nachhaltig sichern. Netzwerke wie REGIOkommune leisten hierzu einen wichtigen Beitrag: Sie verbinden engagierte Akteure, zeigen Lösungen auf und unterstützen Kommunen dabei, die Zukunft ihrer Region aktiv zu gestalten. ■



KOMMUNALE GRÜNDUNGSFÖRDERUNG ALS MOTOR REGIONALER ENTWICKLUNG

BEISPIELE VON DER REGIONALPOLITISCHEN JAHRESTAGUNG IN HALLE (SAALE)

Jan Strehmann | Referatsleiter Mobilität, Wirtschaft, Ländliche Räume & Tourismus beim DStGB

Im März fand in Halle (Saale) die Regionalpolitische Jahrestagung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) statt. Rund 600 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften kamen in der Händelhalle zusammen, um über innovative Ansätze für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung zu diskutieren. Das Programm umfasste Panels, Workshops, Praxis-Pitches, eine Ausstellung sowie Exkursionen zu Projekten in Halle und der Region. Die vom BMWE organisierte Fachtagung findet seit 2023 jährlich statt.

Zum Auftakt in Halle betonte Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche den Handlungsbedarf, um die Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik der Wirtschaft in Deutschland zu sichern. Zu ihren zentralen Prioritäten zählen Bürokrati-

tieabbau, moderne Infrastruktur, eine schnellere Einführung von Innovationen, wettbewerbsfähige Energiepreise sowie die Gewinnung von Fachkräften. Darüber hinaus hob sie die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für strukturschwache Regionen hervor und verwies auf die jüngste Anpassung des Förderrahmens, mit dem die Investitions- und Innovationsfähigkeit der Regionen weiter gestärkt werden soll. Halle sei als Tagungsort bewusst gewählt – ein starker Innovationsstandort mit regionaler Ausstrahlung.

Einen besonderen Schwerpunkt der Tagung setzten die kommunalen Spitzenverbände mit einem Workshop zur kommunalen Förderung von Unternehmensgründungen. Vorgestellt wurden erfolgreiche Projekte aus ländlichen wie

Regionalpolitische Jahrestagung 2026



städtischen Räumen, mit dem Ziel, übertragbare Modelle sichtbar zu machen und den interkommunalen Austausch zu stärken.

GRÜNDUNGSFÖRDERUNG IM LÄNDLICHEN RAUM: DAS ZUKUNFTSZENTRUM DEVELUP

Präsentiert wurde u.a. das Zukunftszentrum DevelUP im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Es zeigt, wie Gründungsförderung auch ohne Hochschulstandort erfolgreich gestaltet werden kann. Das Zentrum schafft Räume für Austausch und Zusammenarbeit zwischen Gründungsinteressierten, Unternehmen, Verwaltung und Bildungseinrichtungen. Das DevelUP umfasst Coworking-Bereiche, Veranstaltungsflä-

chen und Beratungsangebote. Im Mittelpunkt stehen Vernetzung, Community-Building sowie praxis- und zielgruppenorientierte Formate wie Stammtische oder Workshops. Zudem stärkt das Zentrum gezielt regionale Branchen – etwa Logistik sowie die Land- und Ernährungswirtschaft. Einbezogen werden auch regionale Schulen, um schon den Nachwuchs für Unternehmensgründungen zu begeistern.

VERNETZTES GRÜNDUNGSÖKOSYSTEM IN PADERBORN

Das Praxisbeispiel der Stadt Paderborn zeigte exemplarisch, wie kommunale Wirtschaftsförderung ein lebendiges Startup-Ökosystem aufbauen kann. Kern ist dort eine enge



Zusammenarbeit mit regionalen Partnern in einer „GründungsOffensive“, die 13 Institutionen bündelt – darunter IHK, Handwerkskammer, Kreditinstitute und das universitäre Gründungszentrum garage33. Gemeinsam bieten sie Beratung, Coaching, Förderinformationen und vielfältige Veranstaltungsformate.

Neben klassischen Unterstützungsangeboten setzt Paderborn auf kreative Formate wie die Veranstaltungsreihe „Startup meets Poetry“, welche Gründungsthemen einem breiteren Publikum näherbringt. Auf einer 53 Hektar großen Konversionsfläche ist zudem die Entwicklung eines Zukunftsquartiers mit durchmischten Nutzungstypen wie Wohnen, Kultur, Universität und Technologie geplant. Innerhalb dieses Quartiers soll ein Innovationspark entstehen, der technologiegetriebenen Unternehmen vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Den Ausgangspunkt für diesen Innovationspark bildet ein geplantes Innovationszentrum,

das Start-ups, Scale-ups sowie Forschungs- und Entwicklungsteams Raum für Wachstum, Zusammenarbeit und Innovation geben soll und damit die Grundlage für den Aufbau eines dynamischen Innovationsökosystems darstellt.

INNOVATIONSSTANDORT HALLE

Auch die Gastgeberstadt Halle (Saale) stellte ihr Gründungsökosystem vor, dass durch verschiedene Partner des Gründernetzwerks Halle-Saalekreis alle Schritte im Gründungsprozess abbildet. Der Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale) gehört dazu. Er zählt zu den bedeutendsten Innovationsstandorten Mitteldeutschlands. Die naturwissenschaftlichen Institute der Universität, die Universitätsmedizin, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und technologieorientierte Unternehmen bilden ein dichtes Innovationsnetzwerk mit dem Schwerpunkt Life- und Material Sciences. Das regionale Gründernetzwerk verbindet

Vorbereiten 	Gründen 	Durchstarten 
<ul style="list-style-type: none"> ✓ 100+ Geschäftsideen ✓ Unternehmerinterviews und echte Beispiele ✓ Geschäftsmodell entwickeln ✓ Businessplan schreiben ✓ Pitch Deck erstellen 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Finanzierungs- & Förderangebote ✓ Gründungsberatung ✓ Rechtsformfinder ✓ Gewerbeanmeldung 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Verträge erstellen ✓ Rechnung schreiben ✓ Communityaustausch ✓ Unternehmensnachfolge ✓ Startup Wissen

GRÜNDER
PLATTFORM www.gruenderplattform.de

→ Die digitale, kostenfreie **Werkbank zur Nutzung von Gründer*innen und Berater*innen**

→ Mit modernen **Tools** & realen **Best-Practice-Beispielen**

→ Unterstützt durch **> 800 Partner** deutschlandweit

→ **Kostenfrei** dank Unterstützung durch die KfW

✓ Diverse Partner-Modelle für eine Kooperation

Registrieren auch Sie sich als Partner und nutzen die Vorteile für Ihre Gründungsberatung!

 **Unser Angebot für eine Zusammenarbeit**

BUSINESSPILOT 

KfW

Beratung, Finanzierungspartner und Unterstützungsangebote, etwa die Suche nach geeigneten Gewerbeflächen und Standorten. Auch Maßnahmen zur Stärkung der Innenstadt – wie Gründerwettbewerbe zur Revitalisierung von Geschäftsflächen – tragen dazu bei, neue unternehmerische Ideen sichtbar und marktfähig zu machen.

VERNETZUNG ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG – AUCH IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Ein weiterer Impuls des Workshops war die Vorstellung der Gründerplattform. Das digitale, kostenlos nutzbare Angebot wurde vom Bundeswirtschaftsministerium und der KfW initiiert und unterstützt Gründungsinteressierte dabei, Geschäftsideen zu entwickeln, Businesspläne zu kalkulieren sowie zu formulieren und passende Förderangebote zu finden. Gleichzeitig vernetzt es Nutzerinnen und Nutzer mit Beratungsstellen vor Ort und Finanzierungspartnern.

Die Beispiele verdeutlichen, wie vielfältig kommunale Gründungsförderung in Deutschland ausgestaltet ist. Zugleich wurde im Rahmen des Workshops klar: Viele der Angebote kommunaler Wirtschaftsförderungen stehen angesichts angespannter kommunaler Haushalte zur Diskussion. Es zeigte sich aber, dass Kommunen gerade durch starke regionale Partnerschaften und gut vernetzte Wirtschaftsförderstrukturen weiterhin zentrale Impulse für Gründerinnen und Gründer setzen können. Innovation wächst selten im Alleingang – sondern dort, wo Kommunen mit regionalen Partnern Räume schaffen, in denen Neues entstehen darf und in denen Zusammenarbeit zur treibenden Kraft einer gemeinsamen regionalen Zukunft wird. ■



ZWISCHEN ZWEI WELTEN

EIN ERFAHRUNGSBERICHT, WIE KOMMUNEN UND STARTUPS ZUSAMMENKOMMEN

Christoph Meineke | Bürgermeister a.D. der Gemeinde Wennigsen, Geschäftsführer der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH

Es war ein Tapetenwechsel, der deutlicher nicht hätte sein können: Nach 15 Jahren im Amt als Bürgermeister mit repräsentativem Büro, Vorzimmer und prominentem Parkplatz am Amtsgebäude lief ich in einen Coworking Space namens „Hafven“ ein. Jeden Morgen einen freien Platz am „Shared Desk“ suchen, einen Kaffee im Pappbecher vom Bahnhof dabei, Laptop hochfahren, Headset auf und los. Verließ der Weg ins Rathaus über Wahlkampf mit Hausbesuchen, Social Media und einer fieberhaften Phase vor der Stichwahl, lautete die Frage nun einfach: „Magst mitmachen?“ Freunde von mir gründeten ein grenzübergreifendes DeepTech-Startup mit Schwerpunkt in Wien. Ein Unternehmen, das Organisationen ermöglicht, Daten sicher zu teilen, ohne die Kontrolle über sie abzugeben. Ideal zum Beispiel für Smart-City-Lösungen. Ich arbeitete von Hannover aus „remote“ für das junge Unternehmen.

Aller wirtschaftlichen Unkenrufe zum Trotz: Die Startup-Szene in Deutschland wächst. 2025 war ein Rekordjahr für Startup-Neugründungen in Deutschland: Mit fast 3600 neu ge-

gründeten Unternehmen stellt das ein Plus von 29 Prozent gegenüber dem Vorjahr dar. *„Die positiven Neugründungszahlen zeigen, dass gerade Startups für dringend benötigte Aufbruchstimmung im deutschen Wirtschaftsleben sorgen“*, sagt Christoph J. Stresing, Geschäftsführer des in Berlin ansässigen Startup-Verbandes. Und: *„Der Mut der Gründer tut dem Standort momentan wirklich gut. Entscheidend ist, dass wir Startups bei uns echte Wachstumschancen bieten.“*

Nachdem ich im Alter von 27 Jahren ins kommunale Hauptamt gestartet war, entschied ich mich nach zwei Perioden, nicht mehr zur Wahl anzutreten und etwas Neues zu wagen. Im Gepäck: Politische und administrative Führungserfahrung aus einer 15.000-Einwohner-Kommune mit 200 Mitarbeitenden im Stellenplan sowie reichlich Krisenroutine – erst das Lehman-Beben, dann die Flüchtlingskrise und zu guter Letzt noch die Covid-19-Pandemie mit all ihren Krisenstabssitzungen und riskanten Entscheidungen. Nach kommunalen Modellprojekten zu digitaler Bürgerbeteiligung, Smart-City-Anträgen und spannenden Projekten rund



ums Digitale, wollte ich digitale Region und vernetzte Stadt nun von technischer Seite mitgestalten.

Nicht jede Gründung gilt als „Startup“. Im Unterschied zu klassischen, jungen Unternehmen oder Soloselbstständigen verfolgt ein solches in der Regel ein skalierbares Geschäftsmodell auf digitaler Basis und wird oft durch externe Investoren finanziert, über mehrere Runden wächst es sodann zum „Scaleup“. Nach einer Studie der BSP Business School in Berlin gründet eine überwiegende Mehrheit aus zwei Motiven heraus: für die eigene Unabhängigkeit und für die Verwirklichung ihrer Idee. Klassische Faktoren wie Einkommen oder Status spielen eine untergeordnete Rolle. Für Wirtschaftsförderungen ist relevant: Wer versteht, was Gründer antreibt, kann sie wirksam ansprechen, kann ihnen auch jenseits von Formularen und Förderkatalogen begegnen und auf ihre intrinsische Motivationslage zielen. Vier Fünftel aller Startups in Deutschland wollen eine gesellschaftliche oder ökologische Wirkung erzielen. Ich habe im Coworking unterschiedliche Gründertypen kennengelernt, aktiv von der Filmbranche bis zur App-Entwicklung. Sie einte das gewisse Etwas aus Kreativität, Geist und Biss gepaart mit Beharrlichkeit, mitunter Detailbesessenheit.

ZWEI SPRACHEN, EIN ZIEL – UND KAUM EIN DOLMETSCHER

Aus dem Haushaltsplan wurde für mich fortan der Business-Plan, aus Wählerstimmen wurden von „Leads“ – also Kundenerstkontakte –, und aus dem Denken in Ratsperioden wurde die unerbittliche Frage nach dem Ende des „Runways“ – also dem Aus der Finanzierung. Kaum im Neuen angekommen, merkte ich, wo es hakt: An Übersetzungsleistung zwischen den Welten. Die Sprache der Behörden, ihre Abläufe und Prozesse sind für Gründer erklärungsbedürftig. Das öffentliche Vergaberecht, die Verantwortungsteilung im Rat-

haus mit Zustimmungserfordernissen der Gremien und vieles mehr erzeugt Staunen, bedarf der Erörterung. Vor allem die Geschwindigkeiten beider Seiten klaffen deutlich auseinander. Drucksachen, juristische Prüfungen, Absicherung auf der einen, unmittelbares Machen, Risikobereitschaft und das drohende, harte Ende ohne Folgefinanzierung auf der anderen Seite, treffen aufeinander. Kommunen, die diese Übersetzungsarbeit ernst nehmen wollen, brauchen dafür Lotsen, die beide Sprachen sprechen – und die die Verlässlichkeit der Verwaltung mit der Geschwindigkeit der Startup-Welt verbinden können. Das kann ein engagierter Wirtschaftsförderer sein, eine ehemalige Gründerin oder ein kommunales Innovationslabor. Entscheidend ist nicht die Form, sondern die Funktion: Wer vermittelt, wer erklärt, wer baut Vertrauen auf?



» Die Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung liegt im Verwandeln der Chance: die Kommune als sportliche Matchmakerin.«

Christoph Meineke
Metropolregion Hannover
Braunschweig Göttingen
Wolfsburg GmbH

Zentral für das Gelingen einer Startup-Szene sind Ökosysteme, in der sie wirkt. Christoph J. Stresing variierte kürzlich beim Niedersächsischen Innovationsdialog treffend einen Klassiker: „It takes a village to raise a startup!“ Es bedarf eines Zusammenspiels von unterschiedlichen Komponenten, die ineinandergreifen. Dazu gehören Hochschulen ebenso wie Coworkingspaces und vor allem Netzwerke mit Zugang zu Unternehmen, Märkten und Kapital. Es bedarf der Orte, in denen Menschen zusammenfinden und Gründergeist aufflammt. Es bedarf der Momente, in denen sich Köpfe finden, sich austauschen und Zündfunken schlagen. Mehr als ein Drittel aller deutschen Startups entsteht laut Startup-Verband in nur sechs Ballungsräumen. Doch auch der ländliche Raum kann aktiv steuern: Leerstände finden sich genügend – Fördermittel, sie zu beleben, oftmals auch. Praxisnahe Konzepte gibt es viele, beispielsweise um Räume für Coworking zu schaffen und Menschen und Ideen zueinander zu bringen sowie Bedürfnisse auf Lösungen treffen zu lassen. Auch helfen Partnerschaften übergeordneter Natur wie zum Beispiel kommunale Netzwerke und Angebote von Metropolregionen.

Startups vor Ort: Fünf Schritte kommunaler Innovationstreiber

1: Neugierde institutionalisieren.

Die Haltung einer Kommune endet nicht auf dem Schreibtisch der Bürgermeisterin, CIO / CDO oder Wirtschaftsförderung: Die Haltung gegenüber Innovation und Experiment muss strukturell verankert sein. Sei es im Beschaffungswesen, Themensetzung der politischen und administrativen Agenda oder in der Personalentwicklung. Belastbare Partnerschaften sind das Ziel.

2: Klare Ansprechpartner mit Befugnissen.

Startups müssen wissen, wen sie ansprechen können – und was diese Person entscheiden kann. Oder zumindest ob sie Türen öffnen kann – Stichwort: Weitergabe von Rufnummer trotz DSGVO. Das klingt trivial, ist

es in der Praxis aber nicht. Viele Kommunen haben weder einen dezidierten Ansprechpartner für Startups noch interne Strukturen, die schnelle Entscheidungen erlauben.

3: Das Ökosystem aktiv

mitbauen. Kommunen müssen aktiv an ihren lokalen Ökosystemen arbeiten: durch Räume, durch Events, durch Partnerschaften oder Mentoringprogramme. Auch ländliche Regionen haben bedarf für örtliche und individuelle Innovation – und die lässt sich skalieren.

4: Fehlerkultur ernst nehmen.

Wer mit Startups kooperiert, wird auch Fehlschläge erleben. Das ist unvermeidlich und gehört zum Wesen des Experimentierens. Die Sorge vor der lokalen Presse oder kritischer Nachfragen in

Gremien – sie müssen als Mittel zum Zweck gesehen werden und nicht als Hindernis. Hier ist politisches Gespür und Rückgrat gefragt. Ein Pilotprojekt, das nicht funktioniert, ist kein Skandal. Es ist Erkenntnisgewinn.

5: Kommunen als Erstkunden.

Die öffentliche Hand in Deutschland vergibt jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 350 Milliarden Euro. Das ist Marktmacht – und Chance. Wer einem Startup ermöglicht, seine Lösung erstmals in einer realen Umgebung zu testen, gibt ihm etwas, das kein Förderprogramm ersetzen kann: echte Referenzen. Auch wenn bundesgesetzlicher und manch landesgesetzlicher Rahmen sich aktuell wieder verengt: Jeder mögliche Spielraum sollte genutzt werden.

Kurzum bedarf es Räume, die „Serendipität“ schaffen. Hinter dem sperrigen Begriff verbergen sich die viel beschworenen, zufälligen Begegnungen, bei denen Ideen aufkommen, die nie gesucht wurden. Howard Schultz, einer der Väter von Starbucks, entdeckte das Konzept des amerikanischen Coffeehouse-Erlebnisses auf einer Reise nach Mailand, als er zufällig eine Espresso-Bar betrat und verstand, was ihm fehlte. Kein Business Plan hätte ihn dorthin geführt. Was ihn dorthin führte, war Offenheit für das Unerwartete – und die physische Präsenz an einem Ort, an dem Dinge passieren. Und es sind immer die Menschen darin und dabei. Menschen mit Ideen, mit Mut und Gründergeist.

GRÜNDEN IST NICHT IMMER DAS ZIEL – UND MANCHMAL DAS FALSCHHE

Am Ende muss es nicht immer das eigene Unternehmen sein. Startup-Förderung selbst ist von Kennzahlen getrieben:

Wie viele Unternehmen entstehen am Ort? Gründer müssen auf Handelsregistereintrag, GmbH-Satzung, Finanzamt, Gesellschaftervertrag schauen. Das kostet Zeit, Energie und Fokus, und zwar genau in dem Moment, in dem sie eigentlich nur eines brauchen: Raum, um ihre Idee zu entwickeln und zu testen. Manche Einfälle können auch zu klein für eigene Unternehmungen sein, aber perfekt für KMUs, die es dafür zu finden gilt. Gerade für Kommunen des ländlichen Raumes ist das spannender als die Hoffnung aufs nächste Unicorn: Hier wirtschaften Unternehmen, die Lösungen gebrauchen können, aber wo ein alleinstehendes Startup mitunter nicht reüssieren würde. Die Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung liegt im Verwandeln der Chance: die Kommune als sportliche Matchmakerin.

Dabei sind auch Einsatz und Ziel der Instrumente zu hinterfragen: Förderlogiken und die dazu gehörigen Formulare sind mitunter wichtig für beide Seiten. Sie ermöglichen



»» *Aller wirtschaftlichen Unkenrufe zum Trotz: Die Startup-Szene in Deutschland wächst.*«

regelbasierte Entscheidungen über Finanzierungen, hinter denen oft der Steuerzahler steht. Sie helfen Gründenden auch, eigenes Wirken mit den Augen Dritter zu reflektieren und auf Wichtiges zu fokussieren. Aber sie sind nun auch mal Bürokratie. Daher sollten viele Anforderungen zumindest überdacht werden – für teures Geld extern erstellte „BWAs“ machen vielleicht Sinn bei Sanierungsfällen, für jüngst gegründete Unternehmen in Explorationsphase sind sie fragwürdig. Ideengebern einen Tisch zu geben, an dem sie sitzen und reden können, ist mindestens genauso wichtig – und schafft vielleicht das nächste Starbucks.

Im Coworking entwickelte ich mich unerwartet zum Business Angel für verschiedene Gründer. Ein hannoversches Startup zum Beispiel hatte eine Technologie entwickelt, um Heizungsanlagen zu optimieren. Ziel: Heizkosten von Gebäuden um bis zu 25 Prozent senken, die Energieberatung automatisieren, Umwelt mittels Technologie schonen und Klima schützen. Traditionelles Handwerk trifft innovative digitale Messtechnik – begonnen hatte alles übrigens mit onlinefähigen Kameras vor den Zählern, da diese meist noch nicht smart waren. Maik, der Gründer, faszinierte mich, wir kamen immer tiefer ins Gespräch. Er gab mir Nachhilfe zum Thema Energiefresser in Gebäuden, ich half ihm durch die Unterschwellenvergabeordnung und steckte ihm ein paar Telefonnummern ehemaliger Kollegen. Wir beide profitierten mit neuen Erkenntnissen, Kontakten und vor allem Ideen. Gerade an dem Beispiel zeigte sich: Die öffentliche Hand ist bereit, eine Lösung im realen Betrieb zu erproben und Innovation zu würdigen, wenn man vor allem die richtigen Personen zueinander führt. Das war kein Einzelfall, es war ein Muster.

Mittlerweile treibt Künstliche Intelligenz die Szene. 27 Prozent aller neu gegründeten Startups nutzen KI als wichtigen Bestandteil ihres Geschäftsmodells, täglich werden es mehr. Eine große Chance auch für die öffentlichen Verwaltungen mit ihren 550.000 offenen Stellen. Durch den breiten Einsatz generativer KI ließe sich diese Lücke um bis zu einem Drittel verkleinern (McKinsey-Studie). Doch der Trend hat eine Kehrseite: Ein Gründer berichtete mir, dass Investoren mittlerweile vom „mitarbeiterfreien Startup“ träumen und ihre Investments darauf fokussieren – ein Ideengeber und der Rest ausschließlich KI. Eine kleine Zahl talentierter Menschen, die mit leistungsstarker AI arbeitet, wird das leisten, wofür früher ganze Kohorten nötig waren. Die Entwicklung braucht dringend gesellschaftliche Gestaltung – und die Erkenntnis, dass wir schon mitten im Auge des Sturms stehen. Gerade eine Wirtschaft, die massiv deindustrialisiert und in den zurückliegenden Jahren auf Wissensarbeit und Dienstleistungen umstellte, wird es hart treffen. Das ist harte Gestaltungsarbeit – und dazu ist einmal mehr der Maschinenraum unseres Landes gefordert: die Kommunen.

Nach meiner Expedition ins Coworking erteilte mich doch wieder der Ruf des Öffentlichen, und ich wechselte zu einer niedersächsischen Standortagentur. Eine der ersten Herausforderungen: Die Konzeption einer KI-Sandbox nach EU-AI-Act. Und auch da ist sie wieder: Die Übersetzungsarbeit. Brüssel adressiert die regionale Ebene direkt in der KI-Verordnung. Die verschiedenen Welten von Regulatorik und Technik, wirtschaftlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Restriktionen zu verstehen und zusammenzubringen, gehört hier zu den Kernelementen der Herausforderung. ■



REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN & FACHKRÄFTE BINDEN

CHANCEN FÜR DAS STADTMARKETING MIT DIGITALEN SACHBEZUGSKARTEN

Adrian von Nostitz | CSO/CMO und Prokurist bei givve - PL Gutscheinsysteme GmbH

Kommunen stehen heute vor mehreren Herausforderungen: Der Fachkräftemangel nimmt zu, Innenstädte verlieren an Attraktivität und Kaufkraft wandert zunehmend in den Onlinehandel oder in größere Zentren ab. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts ausschlaggebend dafür ist, ob Unternehmen Fachkräfte gewinnen und halten können.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Stadtmarketing eine neue strategische Rolle. Es geht nicht nur um Image und Veranstaltungen, sondern um konkrete wirtschaftliche Impulse vor Ort. Eine innovative Lösung ist der Einsatz orts-eigener Sachbezugskarten. Regionale Arbeitgeber können ihren Mitarbeitenden damit monatlich bis zu 50 Euro steuerfrei zur Verfügung stellen. Die Karte ist auf eine definierte Region begrenzt und kann nur dort eingesetzt werden. So wird die Kaufkraft gezielt vor Ort ausgegeben und stärkt nachhaltig die lokale Wirtschaft.

Die meisten Sachbezugskarten sind jedoch auf eine zu große Region eingestellt (nicht nur auf eine Stadt) oder zu unattraktiv, da es sich um ein kleines, geschlossenes Netzwerk handelt (nur sehr wenige Akzeptanzstellen).

REGIONALER WIRTSCHAFTSKREISLAUF

Mit einer modernen Stadtmarketing Karte lassen sich diese Herausforderungen überwinden und ein nachhaltiger regionaler Wirtschaftskreislauf kreieren: Durch die Nutzung eines großen Netzwerks an Akzeptanzstellen bietet die Karte eine maximale Händler-Abdeckung und ermöglicht eine flexible Nutzung innerhalb der definierten Region für die jeweilige Stadt/Kommune. Mit einer Sachbezugslösung für Unternehmen vor Ort, die nur bei Händlern in der Region eingesetzt werden kann, werden alle relevanten Stakeholder einbezogen und ein lokaler Wirtschaftskreislauf geschaffen, in dem alle Akteure profitieren:



» In Dinklage haben wir seitens der Dinklager Bürgeraktion e.V. in Kooperation mit givve die DinklageCard als Sachbezugskarte kreiert, über die eine Identifikation mit der Stadt und den Dinklager Firmen geschaffen wurde. Auch als Arbeitgeber nutze ich die givve Card bei meinen Mitarbeitern sowie deren zahlreiche Vorteile: erstklassige Konditionen sowie unzählige Einsatzmöglichkeiten aufgrund der Vielzahl der Akzeptanzstellen und der einfachen Verwaltung der Karten über das Businessportal.«

Markus Ruhe
1. Vorsitzender der Dinklager Bürgeraktion
& Geschäftsführer der Autohaus Ruhe GmbH

- › **Kommunen** initiieren die neue digitale Stadtmarketing Karte für ortsansässige Unternehmen und schaffen damit ein innovatives Instrument zur nachhaltigen Stärkung ihres Wirtschaftsstandortes.
- › **Unternehmen** nutzen die Stadtmarketing Karte und steigern so ihre Attraktivität als Arbeitgeber. Gleichzeitig motivieren und binden sie ihre Mitarbeitenden ans Unternehmen sowie an den Standort.
- › **Mitarbeitende** erhalten auf ihrer Stadtmarketing Karte jeden Monat zusätzliche Kaufkraft, die sie gezielt vor Ort im lokalen Handel einsetzen.
- › **Lokaler Handel** profitiert von zusätzlichem Umsatz der Stadtmarketing Karten und kann damit zu einer attraktiven und vielfältigen Innenstadt beitragen.

STEUERUNG STATT STREUUNG

Die givve Card beispielsweise ermöglicht es Kommunen, ihr Stadtmarketing gezielt zu steuern. Durch die regionale Begrenzung der Karte wird Kaufkraft bewusst in der eigenen Stadt oder Region gebunden. Gleichzeitig profitieren Nutzer von flexiblen Einsatzmöglichkeiten, da die Karte innerhalb der definierten Region bei allen Mastercard Akzeptanzstellen eingesetzt werden kann, sowohl bei kleinen regionalen Einzelhändlern, Dienstleistern und Gastronomen, als auch bei großen Handelsketten und Tankstellen. Die Region kann dabei individuell festgelegt werden: Von einzelnen Gemeinden oder Orten, über kreisfreie Städte und Landkreise bis hin zu größeren Gebieten auf Basis eines 2er PLZ-Bezirks

inklusive aller unmittelbar angrenzenden 2er PLZ-Bezirke. So wird die Karte passgenau auf lokale Anforderungen und den individuellen Bedarf abgestimmt. Der regionale Fokus ist identitätsstiftend und generiert ein Gemeinschaftsgefühl bei allen Beteiligten.

DATENBASIERTE STEUERUNG UND MESSBARER ERFOLG

Ein entscheidender Vorteil gegenüber klassischen Maßnahmen des Stadtmarketing ist die Messbarkeit. Digitale Sachbezugskarten liefern anonymisierte Daten darüber, wohin Kaufkraft in der Region fließt, welche Branchen besonders profitieren und welche Effekte konkrete Maßnahmen haben.

In Zusammenarbeit mit Partnern wie dem Kompetenzzentrum für Stadt- und Regionalentwicklung (CIMA) können Kommunen diese Daten auswerten und für strategische Entscheidungen nutzen.

AUS DER PRAXIS: DINKLAGER BÜRGERAKTION

Wie dieses Modell in der Praxis funktioniert, zeigt das Beispiel der Dinklager Bürgeraktion. Hier wurde eine regionale Karte eingeführt, die gezielt Kaufkraft in der Stadt hält und gleichzeitig die lokale Wirtschaft stärkt. Ausgangslage war die Suche nach Fachkräften für lokale Unternehmen und der Wunsch nach einem modernen Tool, um den steuerfreien Sachbezug umzusetzen. Wichtig war vor allem die Möglich-



DIGITAL ZAHLEN, LOKAL HANDELN.



Weitere Informationen

Mehr über die Zukunft des Stadtmarketings und der Gestaltung regionaler Wertschöpfung für Ihre Kommune ist nachzulesen unter: <https://givve.com/de/givve-card/stadtmarketing/oeffentlicher-sektor>

Über den QR-Code kann ein unverbindlicher Beratungstermin gebucht werden:



keit, Guthaben ansparen zu können ohne Guthabenverfall.

Durch die Einbindung von Unternehmen, Einzelhandel und Stadtmarketing entstand ein funktionierendes Ökosystem, das sowohl die Attraktivität des Standorts als auch die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an ihre Stadt erhöht und Identifikation stiftet. Der Erfolg des Stadtmarketings mit der givve Card Stadtmarketing zeigt sich hierbei in der Vernetzung von lokalen Akteuren.

"In Dinklage haben wir seitens der Dinklager Bürgeraktion e.V. in Kooperation mit givve die DinklageCard als Sachbezugs-karte kreiert, über die eine Identifikation mit der Stadt und den Dinklager Firmen geschaffen wurde. Auch als Arbeitgeber nutze ich die givve Card bei meinen Mitarbeitern sowie deren zahlreiche Vorteile: erstklassige Konditionen sowie unzählige Einsatzmöglichkeiten aufgrund der Vielzahl der Akzeptanzstellen und der einfachen Verwaltung der Karten über das Businessportal!" Markus Ruhe | 1. Vorsitzender der Dinklager Bürgeraktion & Geschäftsführer der Autohaus Ruhe GmbH

EIN NEUER HEBEL FÜR STARKE REGIONEN

Die givve Card Stadtmarketing ist skalierbar sowie einfach und schnell einzuführen, innerhalb von 14 Tagen. Arbeitgeber verwalten die Karten und Budgets zentral sowie digital über eine Online-Plattform und Mitarbeitende nutzen eine intuitive App zur Guthabenabfrage. Die Setup Kosten sind


gering, da keine teilnehmenden Händler akquiriert werden müssen, sondern das bestehende Zahlungsnetzwerk von Mastercard genutzt wird.

Insbesondere die Sicherheit von Guthaben spielt eine wichtige Rolle. Im Vergleich zu den marktüblichen unregulierten Stadtmarketing-Gutschein-Karten, wird mit regulierten E-Geld Stadtmarketing Karten die Sicherheit der Guthaben gewährleistet. Bei regulierten E-Geld Stadtmarketing Karten, wie z.B. von givve, ist das Guthaben im Falle einer Insolvenz des Anbieters vor Ansprüchen Dritter geschützt. Anbieter-Insolvenzen der jüngeren Vergangenheit verdeutlichen, wie wichtig die Geldsicherheit ist.

Digitale Stadtmarketing-Karten wie die givve Card zeigen, wie sich wirtschaftliche Förderung, Arbeitgeberattraktivität und regionale Bindung wirkungsvoll miteinander verbinden lassen. Kommunen erhalten damit ein Instrument, um dem Fachkräftemangel, dem Strukturwandel im Handel und der sinkenden Standortbindung aktiv zu begegnen und gleichzeitig einen nachhaltigen Mehrwert für ihre Region zu schaffen. ■



Adrian von Nostitz
CSO/CMO + Prokurist bei givve
- PL Gutscheinsysteme GmbH



buwe2025 Gewinner "Kommunale
Flächen" Platz 2: Piko-Park-Makers in
der Gemeinde Röttenbach

GEMEINSAM FÜR DIE VIELFALT UND BIODIVERSITÄT

BERLINS INFRASTRUKTUR-RIESEN BRINGEN DIE STADT ZUM SUMMEN

Dr. Corinna Hölzer | Gründerin, Stiftungsleitung Stiftung für Mensch und Umwelt

Die „AG Biodiversität“ des InfraLab Berlin hat beim bundesweiten Pflanzwettbewerb „Deutschland summt!“ den ersten Platz in der Kategorie Firmengärten belegt. Ihr Projekt „Grüne Route durch Berlin“ zeigt eindrucksvoll, wie durch die Vernetzung von kommunalen Unternehmen, Auszubildenden und Fachleuten wertvolle Trittsteinbiotope im urbanen Raum entstehen. Ein Modell, das auch für andere Städte und Gemeinden als Blaupause dienen kann.

Wenn sich die Berliner Wasserbetriebe, die BSR, die BVG, die GASAG, Stromnetz Berlin und die Berliner Energie und Wärme AG an einen Tisch setzen, geht es meist um Versorgungssicherheit und die harten Fakten der städtischen Infrastruktur. Doch im Rahmen des InfraLab Berlin ist ein Projekt gewachsen, das zeigt: Infrastruktur kann auch ökologisch. Mit ihrer „Grünen Route durch Berlin“ haben die Unternehmen bewiesen, dass Klimaschutz und Artenschutz keine Einzelkämpfer-Themen sind, sondern durch Kooperation ihre volle Wirkung entfalten.

DIE STRATEGIE: VERNETZUNG STATT INSELLÖSUNGEN

Das Problem vieler urbaner Naturschutzprojekte ist ihre Isoliertheit. Eine kleine Blühwiese hier, ein Insektenhotel dort – für Wildbienen, die oft nur wenige hundert Meter Flugradius haben, reicht das oft nicht aus. Hier setzte die AG Biodiversität des InfraLab an. Die Idee: Entlang der verschiedenen Standorte der Mitgliedsunternehmen wird eine „Grüne Route“ geschaffen.

Diese Route fungiert als Netzwerk von Trittsteinbiotopen. Wo vorher versiegelte Flächen oder pflegeintensive Rasenstücke waren, finden sich heute heimische Wildstauden, Totholzelemente und Trockenmauern. Das Besondere: Die Unternehmen nutzen ihre ohnehin vorhandenen Flächen – von Betriebshöfen bis hin zu Ausbildungszentren –, um der Stadtnatur Raum zurückzugeben.



InfraLab-Bepflanzung HKW-Marzahn



» *Das Besondere: Die Unternehmen nutzen ihre ohnehin vorhandenen Flächen – von Betriebshöfen bis hin zu Ausbildungszentren –, um der Stadtnatur Raum zurückzugeben.«*

Dr. Corinna Hölzer
Gründerin, Stiftungsleitung
Stiftung für Mensch und
Umwelt

PARTIZIPATION ALS ERFOLGSFAKTOR: DIE AZUBIS PACKEN AN

Ein entscheidender Grund für den Sieg beim Pflanzwettbewerb (ausgerichtet von der Stiftung für Mensch und Umwelt) war der partizipative Ansatz. Das Projekt wurde nicht „von oben herab“ durch externe Dienstleister umgesetzt, sondern aktiv in die Ausbildung integriert.

Hundertfünfzig Auszubildende aus verschiedensten Fachrichtungen – von Umwelttechnologien über Elektronik bis hin zu Geomatikern – griffen selbst zu Spaten und Pflanzholz. Unterstützt von Naturgarten-Fachplanern lernten die Nachwuchskräfte, was ein „echtes“ Bienenparadies ausmacht: heimische Pflanzen statt exotischer Prachtstauden und „Mut zur Unordnung“ in Form von Laub- und Holzhaufen.

„Nachhaltigkeit ist bei uns kein Theorie-Fach im Unterricht, sondern gelebte Realität auf dem Campus“, erklärt Claudia Schulz, Ausbilderin bei den Berliner Wasserbetrieben. Dieser Ansatz schafft nicht nur ökologischen Mehrwert, sondern stärkt die Identifikation der Mitarbeitenden mit ihrem Unternehmen und dem Thema Biodiversität.

Welche Botschaft würden Sie gerne an die Städte und Gemeinden richten?

Dr. Corinna Hölzer: Naturgärten sollen als das neue „Normal“ aufgefasst und positiv betrachtet werden. Wenn Kommunen den Wettbewerb nutzen, um den Einstieg in ein ökologisches Grünflächenmanagement zu erproben, würde es uns freuen. Kommunen müssen nicht nur mit ihrem Bauhof arbeiten, sie können auch Hilfe von Schulen oder anderen Gruppen annehmen und auf ihren Flächen Blumenwiesen und Staudenbeete, Hecken oder Teiche anlegen lassen. Das gleiche können Unternehmen auf ihren Liegenschaften tun. Es gibt tolle Beispiele für derartige Zusammenarbeit. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 jährlich 400-500 Gruppen zu bewegen, strukturreiche Blühflächen in ganz Deutschland zu schaffen. Diese sollen nicht nur Lebensräume für Insekten sein, sondern auch Bildungs- und Begegnungsorte für die Menschen.

INNOVATION IM DETAIL: PHOTOVOLTAIK TRIFFT REGENTONNE

Dass hier Infrastruktur-Experten am Werk waren, zeigt sich in den Details der Umsetzung. Auf dem Ausbildungscampus der Wasserbetriebe wird beispielsweise die Bewässerung der neuen Grünflächen durch ein smartes System unterstützt: Eine Photovoltaikanlage speist eine Pumpe, die Regenwasser aus Tonnen zur Bewässerung nutzt. So wird Biodiversität mit Ressourcenschonung und moderner Technik verknüpft – ein Aspekt, der besonders für kommunale Entscheider interessant ist, die nach Synergieeffekten zwischen Klimafolgenanpassung und Naturschutz suchen.

Das Beispiel InfraLab liefert wichtige Impulse für Nachahmer:

1. Kommunale Unternehmen als

Multiplikatoren: Stadtwerke, Entsorgungsbetriebe und Verkehrsbetriebe verfügen oft über große Flächenpotentiale. Diese zu ökologischen Vorzeigeprojekten zu machen, Wertet das Stadtbild auf und fördert das Image.

2. **Sektorübergreifende Kooperation:** Der Austausch zwischen verschiedenen Betrieben spart Ressourcen und erhöht die Reichweite.

3. **Bildung und Teilhabe:** Die Einbindung von Azubis oder Bürgergruppen sichert die langfristige Akzeptanz und Pflege der Flächen.

4. **Wissenschaftliche Begleitung:** Durch die Zusammenarbeit mit Experten wird sichergestellt, dass die Maßnahmen tatsächlich den bedrohten Wildbienenarten helfen und nicht nur „Greenwashing“ sind.

EIN SIGNAL FÜR DIE ZUKUNFT

Bei der Preisverleihung in den Berliner „Gärten der Welt“ betonte die Schirmherrin und Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, wie wichtig solche Vorbilder sind: *„Viele kleine Schritte an vielen Orten schaffen positive Veränderungen.“*

Das InfraLab hat gezeigt, dass die Transformation zur schwammfähigen, biodiversen Stadt machbar ist, wenn man die Kompetenzen bündelt. Die „Grüne Route“ wächst stetig weiter – und lädt andere Städte und Unternehmen ein, diesem Pfad zu folgen. Denn am Ende profitiert nicht nur die Wildbiene, sondern die gesamte Lebensqualität in unseren Kommunen. ■



InfraLab - AG Biodiversität

(Kategorie: Firmengärten) – 150 Personen, 2150 m²
(10829 Berlin)

Das InfraLab Berlin ist ein langfristiges Co-Working- & Co-Creation-Projekt der Berliner Infrastrukturunternehmen: Berliner Stadtreinigung, Berliner Verkehrsbetriebe, Berliner Wasserbetriebe, GASAG, Stromnetz Berlin und Berliner Energie und Wärme. Das InfraLab Berlin unterstützt u.v.a. die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes Berlin. Deshalb haben wir eine AG gegründet, die gemeinsame Grundsätze für die Förderung der Biodiversität an unseren Firmenstandorten definiert hat, Vorträge, Exkursionen und Pflanzaktionen zur Sensibilisierung von Mitarbeitenden organisiert (zusammen ca. 30.000) sowie sich in Netzwerken, wie dem IHK Bündnis für Biodiversität, engagiert. Mit unseren Auszubildenden haben wir uns an dem Projekt des Senats „Firmengelände aufleben lassen – Berliner Unternehmen fördern Biodiversität“ beteiligt und arbeiten mit diesen und weiteren Pflanzungen an unserer „grünen Route durch Berlin“.

Weitere Infos
unter [HTTPS://WETT-
BEWERB-ARCHIV-
WIR-TUN-WAS-FUER-
BIENEN.DE](https://wettbewerb-archiv.wir-tun-was-fuer-bienen.de)

Über den Wettbewerb

Der bundesweite Pflanzwettbewerb „Deutschland summt!“ (pflanzwettbewerb.de) wird seit 2016 von der Stiftung für Mensch und Umwelt ausgelobt. Er prämiiert naturnahe Flächengestaltungen und inspirierende Kommunikationsaktionen in verschiedenen Kategorien vom Privatbalkon bis zum Firmengelände.

DAS 30 HEKTAR-ZIEL

KOMMUNALE PLANUNGSKOMPETENZEN STÄRKEN



Bernd Düsterdiek | Deutscher Städte- und Gemeindebund

Der Wettbewerb um knappe Flächenressourcen hat in Deutschland weiter zugenommen und die Konflikte zwischen konkurrierenden Nutzungsansprüchen haben sich intensiviert. Hierbei spielen weiterhin der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Verlegung neuer Leitungsinfrastrukturen, der Ausbau von Verkehrswegen sowie der große Bedarf an Wohnbau- und Gewerbeflächen eine zentrale Rolle.

Hinzu kommt der Bau neuer und vor allem bezahlbarer Wohnungen. Da die Bodenpreise aufgrund der hohen Nachfrage in den vergangenen Jahren in vielen Regionen stark angestiegen sind, wird in Städten und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten schon heute besonders effizient mit Flächen umgegangen. Der Wohnungsneubau erfolgt hier mit überdurchschnittlich hohen Bebauungsdichten. Auch in ländlichen Regionen wird zunehmend auf Innenent-

wicklungspotentiale und nicht auf die Ausweisung neuer Baugebiete auf der „grünen Wiese“ gesetzt. In der Praxis kommt noch die hohe Flächennachfrage des Naturschutzes für den Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie die anhaltende Bedeutung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen hinzu.

LEERSTÄNDE – BEIM WOHNUNGSBAU MITDENKEN

Beim Thema Wohnungsbau gilt es zu berücksichtigen, dass laut der Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus zum Stichtag 15. Mai 2022 bundesweit 1,9 Millionen Wohnungen leer standen. Diese Leerstände müssen zukünftig im Rahmen einer vorausschauenden Wohnungs- und Siedlungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen besser aktiviert werden.



Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen für Kommunen zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme weiter zu verbessern. Nachfolgend werden einige wichtige Punkte angesprochen, die Liste der genannten Maßnahmen ist keinesfalls abschließend:

INNENENTWICKLUNG STÄRKEN – BAULANDMOBILISIERUNG VERBESSERN

Der zentrale Mechanismus für eine Reduktion der Flächenneuinanspruchnahme liegt in einer integrierten und planmäßigen Innenentwicklung. Nach Zahlen des BBSR betrug der Anteil an baureifen, potenziell bebaubaren Flächen im Jahr 2022 bundesweit annähernd 100.000 Hektar, davon 2/3 für den Wohnungsbau. In diesem Bereich ließen sich zwischen 900.000 und 2 Mio. Wohneinheiten realisieren.

Daher müssen die Innenentwicklungspotentiale weiter verbessert und die Baulandmobilisierung weiter optimiert werden. Die aktuelle Novelle des Baugesetzbuchs („große BauGB-Novelle“) umfasst insoweit schon einige interessante Ansätze. Weitere Regelungsinhalte sollten aus kommunaler Sicht allerdings noch nachjustiert werden.

INNENENTWICKLUNGSMASSNAHME (IEM) ETABLIEREN

Insbesondere das Instrument der Innenentwicklungsmaßnahme (IEM) als flächenhafter Ansatz könnte das bestehende Instrumentarium des Städtebaurechts sinnvoll erweitern. Im Falle der Umsetzung könnten im Innenbereich einer Gemeinde dispers verteilte Potentialflächen mobilisiert und durch die Eigentümer selbst bebaut werden. Im Rahmen einer IEM werden dazu Innenentwicklungsgebiete mit einem signifikant hohen Anteil an Baulücken, minder- oder fehlgenutzter Grundstücke sowie kleinteiligen Nachverdichtungspotentialen durch eine gemeindliche Satzung festgelegt und als Aktivierungsgrundstücke einzeln aufgeführt. Nimmt ein Eigentümer keine Bebauung vor, wird sein Grundstück als Aktivierungsgrundstück gekennzeichnet und

eine Bauverpflichtung mit zeitlicher Frist begründet. Erfüllt ein Eigentümer diese Bauverpflichtung nicht oder veräußert er das Grundstück nicht an einen bauwilligen Dritten, unterbreitet die Gemeinde ihm ein angemessenes Angebot auf Grundlage des Verkehrswertes. Wird der gemeindliche Ankauf vom Eigentümer abgelehnt, so eröffnet schließlich die IEM ohne weitere Prüfung die Möglichkeit, das Grundstück durch eine Enteignung zu erwerben.

GEMEINDLICHE VORKAUFRECHTE AUSWEITEN UND BAUGEBOTE STÄRKEN

Der DStGB hält darüber hinaus eine deutliche Ausweitung der gemeindlichen Vorkaufsrechte für erforderlich. So sollte das in § 24 BauGB geregelte allg. Vorkaufsrecht flächendeckend angewandt werden können – also ein Vorkaufsrecht für alle Flächenkulissen ermöglicht und z. B. auch im unbeplanten Innenbereich zur Realisierung des Wohnungsbaus begleitender sozialer Infrastruktur (Kindergärten, Schulen etc.) ausgeübt werden können. Leider fehlt dieser wichtige Ansatz noch im aktuellen Gesetzentwurf zur Novelle des Bauplanungsrechts.

Auch in der Praxis vollziehbare Baugebote sowie die Etablierung kommunaler Bodenfonds, die durch Bund und Länder finanziell unterstützt werden, wären zielführend.

IMMISSIONSSCHUTZRECHT PRAXISGERECHTER GESTALTEN

Das Zusammenrücken baulicher Anlagen kann einen großen Beitrag zum Flächensparen leisten. Leider stellt sich aber das Festsetzungsinstrumentarium des BauGB, welches die mit einer Nachverdichtung verbundenen Nutzungskonflikte lösen könnte, weiterhin als wenig praxisgerecht dar.

Es ist daher erforderlich, sowohl die TA Lärm als auch die TA Luft praxisgerecht zu überarbeiten, um Nutzungskonflikte zwischen Wohnen, Gewerbe und auch Landwirtschaft zukünftig besser lösen zu können.

Auch weitere steuerliche Anreize mit Lenkungswirkung können das Ziel der Innenentwicklung unterstützen. So könnten beispielsweise landwirtschaftliche Grundstückseigentümer in den Genuss einer steuerlichen Privilegierung kommen, wenn diese ihre Innenbereichslagen, die sich im Zusammenhang mit der Aufgabe einer Hofstelle ergeben, zeitnah dem Wohnungsbau zuführen oder das Grundstück an die Gemeinde verkaufen. Der Landwirt sollte in dieser Situation nicht so besteuert werden, als würde er Betriebsvermögen in Privatvermögen überführen.

PRIVILEGIERUNGEN EINSCHRÄNKEN – KOMMUNALE PLANUNGSHOHEIT STÄRKEN

Gerade angesichts des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, aber auch hinsichtlich großer landwirtschaftlicher Tierhaltungsanlagen, hat es in den vergangenen Jahren bereits eine deutliche Aufweitung von Privilegierungstatbeständen im Planungsrecht gegeben.

Nun steht mit der Umsetzung des milliardenschweren Infrastruktur-Sondervermögens des Bundes ein weiterer Ansatz ins Haus. Zwar ist es aus kommunaler Sicht grundsätzlich zu begrüßen, dass ein neues Infrastruktur-Zukunftsgesetz erarbeitet wurde, um die unstrittig dringenden Investitionsbedarfe in Bund, Ländern und Kommunen schnell mit den Mitteln eines Sondervermögens Infrastruktur zu befriedigen. Hierbei sollen alle Möglichkeiten zur Beschleunigung von Planung und Genehmigung, Beschaffung und Vergabe der Infrastrukturprojekte voll ausgeschöpft und die Vorhaben sollen mit einem „überragenden öffentlichen Interesse“ ausgestattet und damit auch rechtlich priorisiert werden.

So sinnvoll und notwendig diese Absichten hinsichtlich der Infrastrukturertüchtigung sind, so sorgfältig muss die konkrete Umsetzung mit Blick auf die kommunalen Planungskompetenzen und damit auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Flächenkulissen geprüft werden. In eine ähnliche Richtung zielt die Absicht der neuen Bundesregierung, mithilfe des neu eingeführten „Bau-Turbos“ - unter Verzicht auf eine kommunale bauleitplanerische Steuerung - in bestimmten Fällen mehr Tempo beim Wohnungsbau zu machen. Auch dies mag im Wissen um den dringend notwendigen Woh-

nungsbau nachvollziehbar sein, wirft aber mit Blick auf eine sachgerechte Steuerung und Abwägung unterschiedlicher Belange „vor Ort“ Fragen auf.

Der Gesetzgeber ist aufgerufen, der kommunalen Planungshoheit in Zukunft wieder mehr Gewicht zuzumessen.

INTERKOMMUNALE FLÄCHENKOOPERATIONEN STÄRKEN

Schon heute gibt es zahlreiche Instrumente interkommunaler Kooperationen zur Verbesserung der Abstimmung in der Flächenentwicklung. Beispielhaft sei auf die Erarbeitung von Stadt-Umland-Konzepten zur Abstimmung bei der Wohnbaulandentwicklung, auf regionale Gewerbeflächenpools, auf die Aufstellung interkommunaler Gewerbegebiete oder auch auf gemeinsame oder regionale Flächennutzungspläne verwiesen.

FAZIT

Die vorstehenden Beispiele zeigen, dass Städte, Gemeinden und Landkreise beim Thema Flächenmanagement „nicht bei Null“ anfangen. Gleichwohl sollten zukünftig noch mehr interkommunale Kooperationen im Flächenmanagement ermöglicht und über „gute kommunale Praxisbeispiele“ breit informiert werden. Die vorhandenen Förderoptionen auf Bundes- und Landesebene müssen zudem weiterentwickelt, auf hohem Niveau verstetigt und praxisingerecht gestaltet werden.

Die bereits in vielen Gemeinden durchgeführte Erfassung von Innenentwicklungspotentialen ist im Übrigen sinnvoll und sollte – bei entsprechender Förderung durch die Länder – weiter intensiviert werden. ■



Bernd Düsterdiek
Beigeordneter DStGB

Der hier abgedruckte Text ist eine gekürzte Version von „Das 30 Hektar-Ziel: Planungskompetenzen stärken - Innenentwicklung forcieren – Flächenzugriffe erleichtern“, in voller Länge zuerst veröffentlicht in der Reihe IzR (Informationen zur Raumentwicklung) des BBSR, Ausgabe 2-3/2025, erschienen 2026, siehe auch: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen>



Kim Gänz, Immobilienleiterin
 Portfoliomanagement
 Südwest bei Lidl

Mixed-Use Beispiele



Wiesbaden, Dötzheimer Str. - Wohnen



Hamburg, Hohenstr. (Bespierkuh) - Hotel



Heilbronn, Sonnenbrunnen - Büro



Berlin, Mühlentw. - Modulare Bauweise



Stuttgart, Rosenbüchel - Kita



Düsseldorf, Benrather Str. - Parkhaus

35

REGIONALKONFERENZ „MITTENDRIN UND GUT VERSORGT“ IN NIEDER-OLM



Wie sichern Kommunen auch künftig eine gute Versorgung vor Ort? Auf der Regionalkonferenz „Mittendrin und gut versorgt“ diskutierten rund 80 Fachleute aus Verwaltung, Handel und Politik über Herausforderungen, Trends und neue Lösungsansätze. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und Lidl hatten im Rahmen ihrer gemeinsamen Initiative im März in die Verbandsgemeinde Nieder-Olm eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie eine moderne und bürgernahe Nahversorgung entscheidend zur Lebensqualität und Attraktivität von Städten und Gemeinden beiträgt.

GEMEINSAMER AUSTAUSCH FÜR STARKE NAHVERSORGUNG

Die Veranstaltung bot eine Plattform für den Austausch über aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Einzelhandel und weiteren Akteuren – mit dem Ziel, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, die Anforderungen des Handels sowie die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen zusammenzudenken. Die Tagung in Nieder-Olm wurde

vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und vom Hessischen Städte- und Gemeindebund unterstützt.

BEDEUTUNG VON KOOPERATION UND VERANTWORTUNG VOR ORT

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm und Präsident des DStGB, sowie Alexander Handschuh, Beigeordneter und Sprecher des DStGB, die Teilnehmenden und betonten, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und den verschiedenen Akteuren am Markt für eine gute Versorgung vor Ort besonders relevant sei. Gerade in den ländlichen Räumen seien eine verlässliche Versorgung und starke Ortskerne für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit entscheidend, so Spiegler und Handschuh. Es müsse allen Akteuren klar sein, dass der Erhalt der Strukturen vor Ort nur gemeinsam gelinge. Daher sei eine enge Kooperation mit der Wirtschaft erforderlich. Umgekehrt erwarte man allerdings auch, dass sich die Unternehmen ihrer besonderen Verantwortung bewusst sind und ihr gerecht werden.

HERAUSFORDERUNGEN UND TRENDS IM HANDEL

Im Praxis-Impuls „Wo Wege länger werden: Herausforderungen und Perspektiven der Nahversorgung“ zeigte Philipp Andreas, Syndikusanwalt beim Handelsverband Südwest Rheinland-Pfalz, zentrale Herausforderungen für die Nahversorgung auf und betonte die Bedeutung verlässlicher Rahmenbedingungen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Handel sowie der Mut zu pragmatischen Lösungen sei dabei unabdingbar. Es sei ein klarer Trend hin zum Online-Handel erkennbar, auch wenn das die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs nicht so stark treffe wie andere Bereiche. Andreas machte deutlich, dass gemeinsames Engagement von Handel, Kommunen, aber auch Bürgerinnen und Bürgern, notwendig sei, um die Lebensqualität in Innenstädten und Ortskernen zu erhalten.

NEUE FILIALKONZEPTE UND FLEXIBLE LÖSUNGEN

Weiter gab Kim Gänz, Immobilienleiterin Portfoliomanagement Südwest bei Lidl, Einblicke in aktuelle Filialkonzepte sowie regionale Praxisbeispiele aus der Nahversorgung. Insgesamt sei der Anspruch an eine gute Nahversorgung gestiegen – es werde mehr Fläche benötigt und der Bedarf nach modernem und erlebnisreichem Einkaufen sei gewachsen. Dem wolle Lidl nachkommen und auf die Interessen der Menschen eingehen. Gänz betonte, dass Lidl zwar konkrete Rahmenbedingungen benötige, um wirtschaftlich arbeiten zu können, gleichzeitig aber mit Blick auf die Standorte und die Konzepte durchaus flexibel agiere. So habe man unter anderem Filialen in denkmalgeschützten Bauten eröffnet. Zudem seien in Abstimmung mit den Kommunen auch verschiedene Multi-Use-Konzepte möglich. Letztlich eint Lidl und die Kommunen das Interesse an guter Nahversorgung. Es gehe darum, wirtschaftlich zu agieren, aber auch Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit vor Ort zu stärken.

REGIONALE WERTSCHÖPFUNG ALS SCHLÜSSEL ZUR RESILIENZ

Im kommunalen Praxis-Impuls „Strategien für zukunftsfähige Kommunen“ machten Heiner Sindel und Claudia Schreiber

vom Bundesverband der Regionalbewegung auf die Bedeutung regionaler Wertschöpfung für eine resiliente Nahversorgung aufmerksam und stellten Ernährung als wichtiges strategisches Handlungsfeld für Kommunen heraus. Ernährung und die Versorgung der Menschen vor Ort dürfe nicht einigen wenigen starken Playern am Markt überlassen bleiben. Regionale Nahversorgungsstrukturen müssten daher von den Kommunen gezielt gestärkt werden. Problematisch sei der kontinuierliche und sehr deutliche Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe und des lokalen Handwerks, etwa bei Bäckereien oder Metzgereien. Es müsse klar sein, dass diese neben ökonomischen und ökologischen auch wichtige gesamtgesellschaftliche sowie soziale Funktionen übernahmen und das Fundament unserer Demokratie darstellen, so Schreiber und Sindel.

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM WANDEL

In dem Beitrag „Bund, Länder und Gesetze – aktuelle Entwicklungen bei den Steuerungsregeln für die Nahversorgung“ erläuterte Roland Schmidt-Bleker, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Co-Managing Partner bei Taylor Wessing, aktuelle rechtliche Entwicklungen, insbesondere die geplanten Änderungen im Bauplanungsrecht. Dabei erklärte er, welche Auswirkungen diese auf die Genehmigung und Steuerung von Nahversorgungsstandorten haben und welche Handlungsspielräume sich für Kommunen ergeben. Insgesamt zeigte Schmidt-Bleker sich optimistisch, dass die geplanten Neuregelungen zu mehr Flexibilität und Handlungsspielräumen vor Ort führen werden. Viele der nun auf den Weg gebrachten Neuerungen seien mit Blick auf veränderte Rahmenbedingungen überfällig.

NAHVERSORGUNG ALS GEMEINSCHAFTSAUFGABE DER ZUKUNFT

In der abschließenden Panelrunde „Zukunft beginnt vor Ort: Nahversorgung als Schlüssel für die kommunale Lebens- und Standortqualität“ diskutierten Moritz Petry, Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und Johannes Heger, Geschäftsführer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes mit den übrigen Referentinnen und Referenten über zentrale Herausforderungen und Lösungsan-

sätze für eine zukunftsfähige Nahversorgung. Dabei wurde sehr deutlich, dass es vor allem die Bürgerinnen und Bürger sind, die über ihr Konsumverhalten wichtige Signale für die Zukunft der Innenstädte und Ortskerne geben. Es müsse darum gehen, gute Konzepte zum Einkauf vor Ort zu bieten, die dann aber auch von den Menschen angenommen werden müssten. Einigkeit bestand schließlich darin, dass alle Akteure ihren Beitrag für eine gute Versorgung vor Ort leisten müssten. Zumindest bei den Podiumsteilnehmern in Nieder-Olm war die Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit deutlich erkennbar. ■

Weitere Veranstaltungen

Mehr zu den Veranstaltungen der Reihe „Mittendrin und gut versorgt“ unter: <https://www.dstg.de/themen/stadtentwicklung-und-wohnen/mittendrin-und-gut-versorgt>



? KENNEN
SIE
KEN*

KEN

KOMMUNEN NUTZEN EXPERTISE

Wie können Kommunen erfahrene Fachkräfte im Ruhestand gezielt einbinden? Bringen Sie Ihre Expertise ein und beteiligen Sie sich an der KEN-Umfrage.

Wir laden Sie daher herzlich ein, bis zum 30.06.2026 an unserer kurzen Online-Umfrage teilzunehmen. Die Teilnahme dauert maximal 7 Minuten.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Zur Umfrage
dvzmv.
lamapoll.de/
KEN-Feed-
back-2026

KOMMUNE INTERNATIONAL INTERVIEW



„FACHKRÄFTEGEWINNUNG WIRD ZUR ZUKUNFTSFRAGE DER KOMMUNEN“

Interview mit Bürgermeister a.D. Patrick Koch

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herr Koch, viele Kommunen stehen vor erheblichen Personalengpässen. Wie stellte sich die Situation in Pfungstadt dar und warum mussten Sie neue Wege gehen?*

PATRICK KOCH: Der Fachkräftemangel ist inzwischen Realität im kommunalen Alltag – besonders in sozialen Berufen wie der frühkindlichen Bildung, aber auch in Bauämtern, technischen Diensten oder der Verwaltung insgesamt. In Pfungstadt haben wir lange versucht, offene Stellen klassisch über Ausschreibungen zu besetzen, doch häufig ohne Resonanz. Irgendwann mussten wir uns ehrlich eingestehen, wenn wir unsere Pflichtaufgaben dauerhaft sichern wollen, reicht das nicht mehr! Der Arbeitsmarkt ist leergefegt, vor allem in Ballungsräumen. Über die Verbindung zu unserer namibischen Partnerstadt Oshikuku wurden wir auf eine Vermittlungsagentur aufmerksam, die Fachkräfte im außereuropäischen Ausland rekrutiert. Das war zwar ein Schritt, der Mut und Offenheit für Neues erforderte – sich aber als absolut richtig erwiesen hat.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Sie haben Erzieherinnen aus Namibia eingestellt. Wie lief dieser Prozess ab und welche Erfahrungen haben Sie bislang gemacht?*

PATRICK KOCH: Uns war von Anfang an klar, dass internationale Fachkräftegewinnung nur dann gut funktioniert und die Menschen lange bei uns bleiben, wenn sie professionell vorbereitet und menschlich begleitet wird. Die Erzieherinnen wurden bereits in Namibia sprachlich und interkulturell geschult und auf ihr Leben und die Tätigkeit in Deutschland vorbereitet. Als sie bei uns ankamen, haben sie den gesetzlich geforderten Fachkräfteanteil sofort erhöht – das war ein enormer Gewinn für unsere Kitas. Die mittlerweile 14 Erzieherinnen aus Namibia tragen wesentlich dazu bei, dass wir auch in den Tagesrandzeiten früh morgens oder am Nachmittag die Kitas betreiben können und Verlässlichkeit für die Eltern gewährleisten können.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Welche Rolle spielen Kommunen insgesamt beim Thema Fachkräftesicherung und wie wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und anderen Akteuren?*

PATRICK KOCH: Kommunen sind heute längst nicht mehr nur Verwaltungen, sondern Standortgestalter. Fachkräfte entscheiden sich nicht nur für einen Arbeitsplatz, sondern für ein Lebensumfeld. Deshalb ist die Zusammenarbeit vor Ort mit Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Wohnungswirtschaft



und Zivilgesellschaft zentral. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir Ausbildung stärken, Quereinsteiger gewinnen, Familienfreundlichkeit leben und internationale Fachkräfte willkommen heißen. Kommunen können Netzwerke moderieren, Wohnraum entwickeln oder Willkommensstrukturen schaffen – das schafft letztlich auch Vorteile für die lokale Wirtschaft.

Gleichzeitig ist die Einbindung der Bürgerschaft aus meiner Sicht ein oft unterschätzter Erfolgsfaktor. Vereine, Nachbarschaften und Eltern in Kitas oder Schulen spielen dabei eine zentrale Rolle. Wir haben bei der Integration neuer Fachkräfte sehr positive Erfahrungen damit gemacht, lokale Netzwerke aktiv einzubeziehen, etwa durch persönliche Patenschaften, Einladungen zu Festen oder den Kontakt zu Ehrenamtlichen. So entsteht schnell Zugehörigkeit, und Vorbehalte bauen sich gar nicht erst auf. Wichtig ist offen zu kommunizieren, warum wir neue Wege gehen und welchen Nutzen das für die gesamte Stadt hat.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Und wie können Kommunen voneinander lernen, um hier bessere Lösungen zu entwickeln?*

PATRICK KOCH: Kommunen können und müssen stärker voneinander lernen. Viele stehen vor ähnlichen Herausforderungen, entwickeln aber parallel mit teils ungeheurem Aufwand eigene Lösungen für die gleichen Themen. Plattformen für den interkommunalen Austausch, Fachkonferenzen oder Praxisberichte sind deshalb enorm wertvoll. Wir sollten gute Beispiele nicht als Konkurrenz, sondern als Inspiration begreifen. Ob es um internationale Anwerbung, Kooperationen mit Unternehmen oder innovative Ausbildungsmodelle geht – wer bereit ist, Erfahrungen zu teilen, stärkt die kommunale Ebene insgesamt. Gerade kleinere Städte profitieren davon, wenn sie auf erprobte Konzepte zurückgreifen können, statt alles neu zu erfinden, national wie international. Der Fachkräftemangel lässt sich nicht isoliert lösen, sondern nur kooperativ und strategisch.

» *Kommunen sind heute längst nicht mehr nur Verwaltungen, sondern Standortgestalter. Fachkräfte entscheiden sich nicht nur für einen Arbeitsplatz, sondern für ein Lebensumfeld. Deshalb ist die Zusammenarbeit vor Ort mit Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft zentral.«*

Patrick Koch
Bürgermeister a. D.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Viele der Ansätze berühren auch globale Fragen. Sehen Sie diese kommunalen Strategien im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030?*

PATRICK KOCH: Unbedingt. Die Agenda 2030 macht deutlich, dass nachhaltige Entwicklung eine globale Gemeinschaftsaufgabe ist. Die Gewinnung von Fachkräften mit hier anerkannter Ausbildung oder Studium gelingt besser in Ländern des Globalen Südens, wo die oft sehr junge Bevölkerung kaum Arbeitsplätze findet. Wenn wir dort anwerben, dann müssen wir das aber verantwortungsvoll tun – also partnerschaftlich, transparent und mit langfristigem Nutzen für beide Seiten. Ziel ist kein Abwerben um jeden Preis, sondern gezielte Qualifizierung und das Schaffen von Perspektiven. Für Deutschland bietet das Chancen, den eigenen Fachkräftebedarf zu decken und international zu lernen. Für die Herkunftsländer können Rückkehr, Wissensaufbau oder finanzielle Stabilität neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Kommunen sind dabei ein wichtiger Hebel, weil globale Nachhaltigkeit vor Ort konkret wird – in Kitas, Verwaltungen und Nachbarschaften. ■

Autor & Organisation

Patrick Koch war von 2013 bis 2025 Bürgermeister der Stadt Pfungstadt und arbeitet jetzt als Head of Public Accounts beim Personaldienstleister TalentOrange. TalentOrange vermittelt Erzieherinnen aus Nicht-EU-Ländern mit Deutschkenntnissen auf B2-Niveau an Kita-Träger in Deutschland. Mehr über die Gewinnung von Erzieherinnen aus dem Ausland unter:

www.talentorange.com/arbeitgeber/personalvermittlung-erzieher/

MELDUNG | FINANZEN

Bund und Länder müssen Städte, Landkreise & Gemeinden jetzt spürbar finanziell stärken

Das war zentrales Thema im Fachgespräch im Kommunalausschuss des Bundestages am 15.04.2026

Christian Schuchardt (Deutscher Städtetag), Dr. Kay Ruge und Landrat Peter Bohlmann (Deutscher Landkreistag) sowie Bürgermeister Guido Halfter und Uwe Zimmermann (Deutscher Städte- und Gemeindebund) danken dem Ausschuss für die Aufnahme dieses wichtigen Themas und erklären: „Die Finanzlage der Kommunen hat sich dramatisch zugespitzt. Nach dem Rekorddefizit im Jahr 2024 hat sich die Lage 2025 noch weiter verschlechtert. Mittlerweile beträgt unser jährliches Defizit mehr als 30 Milliarden Euro. Städte, Landkreise und Gemeinden geraten damit immer näher an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Bund und Länder müssen jetzt sofort gegensteuern. Notwendig sind schnelle Maßnahmen zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen ebenso wie wirksame Reformen in den Bereichen, in denen die Ausgaben seit Jahren besonders dynamisch wachsen. Bis diese Reformen greifen, braucht es eine sofortige und befristete Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer um 10 Prozentpunkte.“

Besonders stark wachsen die kommunalen Ausgaben für Soziales. Wenn diese Entwicklung anhält, drohen weitere Einschnitte bei Investitionen, kommunalen Leistungen und Zukunftsaufgaben vor Ort.

Die Spitzenverbände: „Wer leistungsfähige Kommunen will, muss ihnen auch die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen dafür verschaffen. Es geht nicht um einen Rückzug des Sozialstaats, sondern um seine dauerhafte Tragfähigkeit. Standards, Zuständigkeiten und Finanzierung müssen



wieder in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden. Andernfalls werden die Folgen vor Ort immer deutlicher sichtbar: Dringend notwendige Investitionen können nicht getätigt werden. Gesetzlich nicht vorgeschriebene, aber dennoch unverzichtbare Leistungen geraten unter Druck und müssen eingeschränkt werden. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungsfähigkeit des Staates nimmt Schaden.“

In der Eingliederungshilfe geht es darum, systemwidrige Ausfallbürgschaften der kommunalen Ebene zu beenden, neue ausgabensteigernde Leistungsausweitungen zu vermeiden, bürokratische Verfahren zu vereinfachen und die Steuerungs- und Prüfmöglichkeiten der Leistungsträger zu verbessern. In der Kinder- und Jugendhilfe braucht es eine stärkere kommunale Steuerung, eine engere Verzahnung neuer Angebote mit der Jugendhilfeplanung, eine Stärkung von Pflegefamilien sowie einen klareren Vorrang funktionsfähiger Regelsysteme, insbesondere der Schulen. In der Pflege sind eine stärkere Entlastung durch die Pflegeversicherung, eine wirksamere Begrenzung der Eigenanteile sowie weitere Schritte zur Stabilisierung der Versorgung erforderlich. Darüber hinaus sind die Krankenhäuser finanziell zu stabilisieren.



Das „Bewährt vor Ort“-Siegel und der Ko-Pionier-Preis gehen in die nächste Runde

Kommunen stehen unter wachsendem Druck, komplexe Herausforderungen zu bewältigen. Gleichzeitig entstehen vielerorts Lösungen, die bereits funktionieren. Zwei Auszeichnungen setzen genau hier an: Das „Bewährt vor Ort“-Siegel zeichnet praxiserprobte kommunale Lösungen aus, der Ko-Pionier-Preis würdigt Verwaltungen, die solche Lösungen erfolgreich nachnutzen und an die eigenen Bedingungen anpassen. Bewerbungen sind zum 15. Juli mit möglich.

Bewährt vor Ort: reform-staat.org/experiments/bewaehrt-vor-ort

Ko-Pionier-Preis: reform-staat.org/experiments/ko-pionier-preis

VOM MUT, BEWÄHRTES ZU TEILEN

DAS „BEWÄHRT VOR ORT“-SIEGEL UND DER KO-PIONIER-PREIS GEHEN IN DIE NÄCHSTE RUNDE

Robert Kampik, Nina Schiegl + Annalena Schmidt-Faber | Re:Form, ProjectTogether

Der öffentliche Diskurs über die Verwaltung fokussiert sich meist auf ihre Probleme: überlastete Bürgerämter, Digitalisierungstau, Fachkräftemangel, Bürokratie. Die Liste ist lang, die Diagnosen sind bekannt. Natürlich sind diese Herausforderungen real und ernst zu nehmen. Gleichzeitig erzählt dieses Narrativ nur die halbe Geschichte und verstellt den Blick auf den notwendigen Kulturwandel hin zu mehr Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg. So prägt es ein Bild, das weder der Realität noch den vielen engagierten Menschen in unseren Verwaltungen gerecht wird.

VERWALTUNG KANN SCHNELL, NUTZERORIENTIERT UND INNOVATIV SEIN

Denn während wir über Defizite reden, entstehen überall in Deutschland Lösungen, die zeigen, dass Verwaltung schnell, nutzerorientiert und innovativ sein kann. In Mönchengladbach digitalisieren interdisziplinäre Teams innerhalb von zwei Tagen Verwaltungsleistungen mit dem OZG-Bootcamp, einem agilen Workshop-Format, das von Martina Nolte und

Chantal Rexhausen, beide Stadt Mönchengladbach, federführend entwickelt wurde. Der Burgenlandkreis hat seine ehemalige Ausländerbehörde zur Migrationsagentur umstrukturiert – und so eine integrierte Verwaltungseinheit geschaffen, die alle Akteur:innen unter einem Dach versammelt, welche Personen ohne deutschen Pass in Fragen zu Ausländerrecht, Asylbewerberleistung, Unterkunftsverwaltung, Integrationsberatung, Jobcenter und Arbeitsagentur begleiten. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat mit seinem Klima-Innovationsfonds ein wirkungsorientiertes Förderinstrument ins Leben gerufen.

ZUSAMMENARBEIT ÜBER ZUSTÄNDIGKEITSGRENZEN HINWEG

Es gibt sie also, die kleinen realen Utopien und sie sind längst Teil unseres Alltags. In vielen Kommunen und Verwaltungen wird bereits heute erprobt, wie Zusammenarbeit über Zuständigkeitsgrenzen hinweg gelingen kann und wie daraus konkrete Verbesserungen entstehen. Diese Beispiele

le zeigen nicht nur, dass Veränderung möglich ist, sondern machen sie greifbar. Wenn wir solche Ansätze sichtbar machen, erzählen wir eine andere Geschichte von Staat: eine, die Mut macht, zur Nachahmung einlädt und Orientierung bietet. So entsteht Schritt für Schritt ein gemeinsames Bild davon, wie eine zukunftsfähige, kooperative Gesellschaft aussehen kann. Und was wäre, wenn all diese Lösungen in ganz Deutschland verbreitet würden.

Doch damit sich erprobte Lösungen wie diese verbreiten, müssen sie erst einmal bekannt sein, und genau hier liegt eine Herausforderung: Kommunale Innovationen bleiben oft auch deshalb lokal, weil Verwaltungen meistens die Ressourcen fehlen, sie systematisch zu kommunizieren. Selbst wenn sie es tun, fehlt oft die Reichweite über die eigene Region hinaus.

Genau deshalb machen wir erprobte kommunale Lösungen mit dem „Bewährt vor Ort“-Siegel sichtbar. Wir erzählen ihre Geschichten auf unserer Website, im Re:Form-Newsletter, im DStGB-Magazin und auf unseren Social Media Kanälen.

SICHTBARKEIT IST KEIN SELBSTZWECK

Sichtbarkeit ist hier kein Selbstzweck, sondern kann andere inspirieren, ähnliche Wege zu gehen und erprobte Lösungen nachzunutzen. Sie verändert auch, wie Verwaltung sich selbst sieht, und das hat eine kulturelle Wirkung, die weit über einzelne Projekte hinausgeht. Denn Sichtbarkeit stärkt das Gemeinschaftsgefühl derer, die heute schon etwas verändern und zeigt: Der Staat von morgen entsteht nicht irgendwann, er entsteht jetzt – vor Ort, in Kommunen, durch Menschen, die es einfach machen.

Sichtbarkeit ist ein wichtiger Schritt. Damit erprobte Lösungen von anderen Verwaltungen übernommen werden können, braucht es allerdings noch mehr. Nutzbarkeit muss von Anfang an mitgedacht und aktiv gestaltet werden.

Gemeinsam entwickeln statt alleine

zu bauen: Wer frühzeitig mit anderen Verwaltungen, IT-Dienstleister:innen oder zivilgesellschaftlichen Akteur:innen kooperiert, schafft anschlussfähigere Lösungen und erleichtert deren spätere Übernahme.

Verständlich und auffindbar

dokumentieren: Ziele, Entscheidungen, techni-

sche Details und Learnings sollten nachvollziehbar aufbereitet sein, ergänzt um eine konkrete Ansprechperson.

Standards für reibungslose Integration nutzen: Offene Schnittstellen und etablierte Standards sorgen dafür, dass Lösungen leichter übertragbar und mit bestehenden Systemen kompatibel sind.

Ansprechbar sein und Austausch aktiv ermöglichen:

Neben guter Dokumentation braucht es aktive Präsenz in Netzwerken sowie die Bereitschaft, Wissen zu teilen und andere zu unterstützen.

ERFOLGREICH NACHNUTZEN – KO-PIONIER-PREIS

Der Ko-Pionier-Preis geht entsprechend einen Schritt weiter und zeichnet Verwaltungspionier:innen und Köpfe aus, die erfolgreich nachgenutzt haben. Die Auszeichnung von 2025 hat gezeigt, dass damit auch indirekt die Köpfe hinter der eigentlichen Lösung gewürdigt werden: Einige der Gewinner:innen haben die Verwaltungen, welche die Lösungen ursprünglich entwickelt hatten, einfach mit zur Verleihung gebracht. Dies ist ein wichtiger Baustein im notwendigen Kulturwandel: Wir feiern nicht nur Lösungen und Nachnutzungen, sondern vor allem die Zusammenarbeit, die es dafür braucht. ■



Wenn wir solche Ansätze sichtbar machen, erzählen wir eine andere Geschichte von Staat: eine, die Mut macht, zur Nachahmung einlädt und Orientierung bietet. So entsteht Schritt für Schritt ein gemeinsames Bild davon, wie eine zukunftsfähige, kooperative Gesellschaft aussehen kann.«

Robert Kampik Co-Initiator von Re:Form, ProjectTogether, des „Bewährt vor Ort“-Siegels + Ko-Pionier-Preises. **Nina Schiegl** Communications Managerin bei Re:Form, ProjectTogether, Kuratorin des Re:Form-Newsletters. **Annalena Schmidt-Faber** Project Managerin bei Re:Form, ProjectTogether.

INTERVIEW



STURZPRÄVENTION, DIE WIRKT

Ein Kursteilnehmer von „Trittsicher in die Zukunft“ im Interview



Klaus-Dietrich Flade

Mit dem Programm „Trittsicher in die Zukunft“ zeigen Kommunen, wie wirksame Gesundheitsförderung direkt vor Ort gelingen kann: niedrigschwellig, praxisnah und nah an den Menschen. Durch gezielte Trainingsangebote für Kraft und Gleichgewicht unterstützen Städte und Gemeinden Menschen ab 65 Jahren dabei, Stürzen vorzubeugen und ihre Selbstständigkeit langfristig zu erhalten – was wiederum nachhaltige Effekte auf die Lebensqualität der Teilnehmenden hat. Im Bereich der Gesundheitsförderung wird der Spielraum der Kommunen erweitert. Sie können auf diese Weise unmittelbar auf den Unterstützungsbedarf der älteren Menschen eingehen. Die Kommune wird als Ort der Begegnung und Beratung gestärkt und schafft

die Grundlage für soziale Netzwerke. Die Erfahrungen der Kommunen und Teilnehmenden sprechen für sich: hohe Akzeptanz, aktive Netzwerke und spürbare Effekte im Alltag. Gleichzeitig entstehen wertvolle soziale Kontakte, die weit über die Kursdauer hinaus Bestand haben – ein wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. Das ist ein starkes Signal dafür, dass kommunale Gesundheitsförderung wirkt, wenn sie nah am Menschen ist. Doch wie fühlt sich das Training wirklich an? Was hat sich seit Beginn des Kurses verändert? Ein Kursteilnehmer erzählt im Interview von seinen persönlichen Erfahrungen, kleinen Erfolgen und festen Routinen – und warum es sich lohnt, den ersten Schritt zu machen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herr Flade, sind Sie im letzten Jahr gestürzt?*

KLAUS-DIETRICH FLADE: Nein.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Hat Sie ihr Arzt jemals gefragt, ob Sie gestürzt sind?*

FLADE: Ebenfalls nein.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was sollte man aus Ihrer Perspektive gegen das erhöhte Sturzrisiko im Alter machen?*

FLADE: Man sollte möglichst früh damit beginnen, die eigene Kraft und Beweglichkeit gezielt zu stärken.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was halten Sie von Sturzpräventionskursen, wie sie bei „Trittsicher in die Zukunft“ durchgeführt werden?*

FLADE: Wenn die Art und Weise, wie sie an die Probanden herangetragen werden, die Richtige ist, ist das eine ganz tolle Sache. Weil gerade die Schrittübungen und Tippübungen, die Teil des Programms sind, dabei helfen können, einen Sturz am Anfang zu vermeiden. Und da sollte man den Schwerpunkt drauflegen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was hat Sie dazu motiviert, am Projekt „Trittsicher in die Zukunft“ teilzunehmen und wie sind Sie auf das Programm aufmerksam geworden?*

FLADE: Wir haben es in der lokalen Zeitung gelesen und ich bin unheimlich neugierig. Alles, was neu ist, muss ich ausprobieren. Ich habe dann an der Infoveranstaltung zur Programmvorstellung teilgenommen. Mir war alles sehr sympathisch und ich war noch nicht zu Hause, da hatte ich den Antrag schon ausgefüllt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie haben Sie die Gleichgewichts- und Kraftübungen wahrgenommen? War für jeden Teilnehmenden etwas Passendes dabei?*

FLADE: Die Übungen sind sehr passend. Ich war zugegebenermaßen sehr erstaunt über die Kursinhalte. Bis vor Kurzem habe ich mir nie Gedanken darüber gemacht, was ich gegen einen Sturz machen müsste, ich habe vielmehr instinktiv gehandelt, weil meine Reflexe so sind. Aber genau diese

Reflexe werden geschult, durch Tipp- und Schrittübungen. Dazu kommen noch Denkaufgaben, sodass man den Automatismus des eigenen Körpers wieder reaktiviert.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *„Trittsicher in die Zukunft“ bietet analoge sowie digitale Kurseinheiten an. Wie stehen Sie zu dem digitalen Kursangebot?*

FLADE: Vorausgesetzt das Training ist abwechslungsreich, dann ist das eine tolle Geschichte. Natürlich muss der Motivationsstern auch immer irgendwo mit dabei sein, so dass man ein Feedback hat. Und dazu kommt noch: Man hat nicht das Gefühl, dass man beim Training mit Tablet etwas aktiv „lernt“, es passiert vielmehr einfach. Insofern war ich sehr erstaunt, was dort eigentlich auf dem Markt ist.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie sind Sie und die anderen Kursteilnehmenden mit den Sitzungen, bei denen sie sich virtuell mit Hilfe eines Tablets getroffen haben, zurechtgekommen?*

FLADE: Für mich war das kein Problem, für andere hingegen schon. Genau aus dem Grund haben wir uns jeweils 15 Minuten vor Kursstart getroffen. An einem Tablet sind wir gemeinsam die Handhabung durchgegangen: Wo muss man draufdrücken? Wie lange muss man drücken? Was muss man machen, um das Gerät neu zu starten? Wenn man die ersten Hürden der Digitalisierung mal überwunden hat, dann funktionierte das auch ganz gut.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie könnte man mehr Menschen für die Teilnahme an einem „Trittsicher“-Kurs gewinnen?*

FLADE: Oft liegt es daran, wie Menschen eine Zeitung lesen und sich dann wiederum dazu entscheiden, an einem solchen Angebot teilzunehmen. Die Infoveranstaltung vor Kursstart war für mich gut, hat mich angesprochen und deshalb habe ich auch sofort mitgemacht. Ich möchte aber auch sagen: Es ist eine Typfrage.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Machen Sie die Übungen aus dem Kurs auch noch nach der Trainingszeit von neun Wochen weiter?*

FLADE: Ich mache das Programm und die Übungen aus dem Kurs weiter. Ich merke selbst, wo ich noch unsicher bin, und ob ich zur Stabilität einen Stuhl benötige. „Trittsicher“ ist somit ein fester Bestandteil meines Alltags.



Interviewtermin mit dem „Trittsicher“-Team, der Kursleitung und Interviewpartner Klaus-Dietrich Flade

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Haben Sie für andere Seniorinnen und Senioren Empfehlungen, wie es gelingt, das Training regelmäßig auch ohne Anleitung weiterzumachen?*

FLADE: Die Angst bei Seite legen und sich immer wieder vergegenwärtigen, dass man Teil einer großen Studie ist, die sich als Ziel setzt, die Bewegungskurse zu verstetigen. Es ist doch eine tolle Sache, wenn man so eine Studie mitbegleiten darf.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Haben Sie noch Kontakt mit den anderen Kursteilnehmenden?*

FLADE: Wir haben alle Kontakt. Wir kommunizieren nicht nur über eine eingerichtete Whats-App-Gruppe, sondern die meisten von uns haben sogar persönlichen Kontakt. Bei uns kommt es ganz häufig vor, dass man einfach irgendjemanden anruft und sich erkundigt, wie es dem oder der anderen geht. Eine einfache Frage, mit ganz viel Wirkung. Und schon ist der Gegenüber wieder motiviert. Im Januar haben wir uns zum Beispiel auf der Burg in Mindelheim getroffen und haben alle mal Kaffee getrunken. Der Austausch mit Handy,

Tablet und Co. ist schon was, aber der direkte Kontakt ist unersetzbar.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Gab es im Projekt „Trittsicher in die Zukunft“ Erkenntnisse, die Sie persönlich überrascht haben?*

FLADE: Manche Übungen haben mich sehr überrascht. Ich habe nicht gedacht, dass man mit so einem kleinen Tippen im Prinzip schon so einen anfallenden, anfangenden Fall vermeiden kann.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie kann man die Teilnehmenden dazu motivieren, an der Studie teilzunehmen? Und damit verbunden: Wie motiviert man zum Ausfüllen der Fragebögen?*

FLADE: Sie müssen nur mich anschreiben, ich leite das alle drei Monate an meine Kolleginnen und Kollegen weiter. Aktuell sind die letzten Fragebögen gekommen, ich habe das direkt in die Gruppe gestellt – das ist eben die Aufgabe eines Administrators. ■



Unter dem humorvollen Motto „Die Gemeinde(un)ordnung der Schlümpfe“ lud das Europa-Büro des DStGB zur traditionellen historischen Veranstaltung in Brüssel ein – mit einem spannenden Vortrag von Priv.-Doz. Dr. Dr. Grischka Petri, der aus den Erzählungen der Schlümpfe überraschende Bezüge zu politischen und gesellschaftlichen Gemeindemodellen zog.

DIE GEMEINDE(UN)ORDNUNG DER SCHLÜMPFE

WAS LÄSST SICH VON DEN SCHLÜMPFEN ÜBER ORDNUNG, MACHT UND GEMEINSCHAFT IM SINNE VON SCHILLERS ÄSTHETISCHEM STAAT LERNEN?

Dr. Dr. Grischka Petri | Abteilungsleiter Urheberrecht, FIZ Karlsruhe & Privatdozent für Kunstgeschichte an der Universität Bonn

Die Geschichten aus dem Schlumpfdorf gehören zu den populärsten Erzählungen der europäischen Comicgeschichte. Vielen sind die Schlümpfe aus der amerikanischen Zeichentrickserie der 1970er Jahre, der dazugehörigen Musik oder sogar den jüngsten Kinofilmen vertraut. Ihr eigentliches Heimatmedium jedoch sind die Comics des Brüsseler Zeichners Pierre Culliford (1928–1992), der die Schlümpfe 1958 zunächst als Nebenfiguren eines anderen Comics, Johann und Pfiffikus, entwarf. Die blaue Farbe war eine Idee seiner Frau Janine. Innerhalb kurzer Zeit entwickelten die blauen Koblode ein eigenes erzählerisches Universum. Obwohl die

Schlümpfe über keine explizit formulierte Gemeindeordnung verfügen, lassen sich in ihren Geschichten normative und ethische Prinzipien erkennen, die das Zusammenleben der Gemeinschaft strukturieren.

Die Schlümpfe zeigen, dass Gemeinschaft dort stabil bleibt, wo Macht, Regeln und Freiheit nicht absolut gesetzt, sondern spielerisch austariert werden – ganz im Sinne von Friedrich Schillers ästhetischem Staat, den er in der Abhandlung über die ästhetische Erziehung des Menschen (1795) entwirft. Es handelt sich hier um einen Staat, in dem Frei-



heit, Gleichheit und Gemeinschaft nicht primär durch Zwang oder Gesetz, sondern durch ästhetische Erfahrung und das „ernste Spiel“ vermittelt werden.

Der Text Schillers, der seit einigen Jahren eine kleine Aufmerksamkeits-Renaissance erlebt, ist gegenwärtig aus mehreren Gründen aktuell, denn der Autor beobachtet pointiert die gewaltsamen Zeitläufte und sieht in der Kunst einen Faktor, der auch im Angesicht düsterer Gegenwart in die Zukunft weist. Kunst eröffnet einen Erfahrungsraum, in dem gesellschaftliche Konflikte, Ideale und Realitäten erprobt werden können, ohne ihre erkenntnishaften Konsequenzen einzubüßen. Gerade darin liegt ihre Relevanz: Sie ermöglicht Einsichten, die dem rein rationalen oder juristischen Zugriff verschlossen bleiben.

Die Schlumpfgeschichten können als Modell einer solchen ästhetischen Ordnung gelesen werden. Die in ihnen erzählten Krisen – Machtvakuum, Regelkonflikte, autoritäre Entgleisungen – führen nicht zu einer endgültigen institutionellen Lösung, sondern zu einer ästhetisch begründeten Stabilisierung der Gemeinschaft. Im Sinne Schillers zeigen die Schlümpfe, dass politische Ordnung dort tragfähig wird, wo sie auf geteilten emotionalen und ästhetischen Grundsätzen beruht. Schiller erkennt, dass der Zugang zur Wahrheit nicht immer über den Intellekt erfolgen kann, sondern zuweilen auf die Emotionen angewiesen ist:

„Es muss also, weil es nicht in den Dingen liegt, in den Gemütern der Menschen etwas vorhanden sein, was der Aufnahme der Wahrheit, auch wenn sie noch so hell leuchtete, und der Annahme derselben, auch wenn sie noch so lebendig überzeugte, im Wege steht.“

Hier findet die Kunst Wege, die der Wissenschaft und dem rationalen Argument verschlossen sind. Hierin liegt ein weiterer Aspekt der Aktualität Schillers. Politik, ob kommunal oder international, operiert zunehmend mit emotionalen Kategorien, dringt aber nicht immer bis zur Sphäre rationaler Überlegung durch. Bieten die Schlümpfe das Modell eines

ästhetischen Ventils, um diese kommunizierenden Röhren wieder frei zu pusten?

Das Schillersche Modell ist ausgezeichnet für die Beschäftigung mit fiktiven Gesellschaften geeignet; umgekehrt sind fiktive Gesellschaften besonders für die Rückkopplung in die Realität brauchbar. Wenn eine erzählte Welt bestimmte Aspekte der Realität spiegelt, operiert sie strukturanalog zu den von Schiller so bezeichneten ernsten Spielen. Intuitiv verständlich wird das in der Parodie. Auch die Schlümpfe zeigen in einigen Geschichten parodistische Züge. Das Verhältnis zwischen künstlerischer Gestaltung und der Realität ist dabei oft umstritten. Die Fiktionalität muss deutlich genug bleiben, um das erzählte Geschehen in der Sphäre der Kunst zu verorten.



Bei den Schlümpfen gilt der Gleichheitssatz. Des Weiteren beruht die Schlumpfordnung darauf, nicht zu viel Neid und Egoismus zuzulassen. «

In der ersten Geschichte Blauschlümpfe und Schwarzschlümpfe (1959/63) verursacht eine Stechmücke eine Pandemie. Sie sticht einen Schlumpf, der sich verfärbt, seine Sprache verliert und bissig wird. In den USA wurde die Geschichte abgewandelt, weil die schwarze Farbe unter Rassismusverdacht geriet. Hier wurden die Schlümpfe violett gefärbt. In Schillers Modell der ästhetischen Erziehung ist das nachvollziehbar, weil der einen Farbe ein höherer

Realitätsgrad zugesprochen wurde; es wurde die ästhetische Grenze neu markiert. In der Geschichte werden immer mehr Schlümpfe gebissen, bis Papa Schlumpf (im Original der „Große Schlumpf“) ein Gegengift entwickelt, aber selbst gebissen wird. Erst als sein Labor explodiert und das Pulver über dem Schlumpfdorf niedergeht, sind alle Schlümpfe gerettet: „Wir sind alle wieder blau“. Das ist ein narrativer Topos vieler Schlumpfgeschichten. Es gibt eine Krisensituation, aber am Ende ist „alles wieder gut“, meistens durch einen Eingriff von Papa Schlumpf. Es lässt sich ein grundsätzliches Stabilitätsinteresse feststellen, und diese Stabilität wird personifiziert in der Rolle einer Autoritätsperson. An dieser Stelle können schon aus Platzgründen allerdings nur wenige Geschichten in Auswahl vorgestellt werden.

Eine für das Thema wichtige Geschichte ist die politische Parodie Schlumpfissimus (1964/66). Sie thematisiert die

Grenzen legitimer Autorität. Durch die Abwesenheit Papa Schlumpfs, der eine Forschungsreise angetreten hat, fehlt dem Dorf sowohl eine anerkannte Autorität als auch ein etabliertes Verfahren zur Entscheidungsfindung. Die Wahl eines Stellvertreters soll dieses Defizit beheben, führt jedoch zu einem gegenteiligen Effekt. Der gewählte Schlumpf nutzt schmeichelnde Versprechungen zur Stimmengewinnung und etabliert nach seiner Wahl eine zunehmend autoritäre Herrschaft. Die Anarchie schlägt nun in Willkür um; Kritik wird durch Postenvergabe neutralisiert, Loyalität durch Symbole und Auszeichnungen erkaufte. Mit dem Verlust der Zustimmung greift „Schlumpfissimus“ zu offenen Drohungen, bis der Konflikt in gewaltsame Auseinandersetzungen mündet. Erst die Rückkehr Papa Schlumpfs beendet diese Eskalation mit dem Kommentar: „Schämt ihr euch nicht? Ihr habt euch aufgeführt wie Menschen!“

Schlumpfissimus zeigt, wie schnell eine Autokratie entsteht, wenn Verfahren, Legitimation und gemeinsamer Werterahmen fehlen. Papa Schlumpfs Kommentar ist weniger eine moralische Belehrung als eine Selbstdiagnose: Die Schlumpfgesellschaft dient als ästhetischer Spiegel realer politischer Versuche. Die Werte der Gemeindeordnung der Schlümpfe werden in dieser Geschichte durch ihren Verlust sichtbar. Die Freiheit wird nicht mehr garantiert, die Gleichheit ebenso wenig, und die Solidarität der Schlümpfe geht im erbitterten Kampf zweier polarisierter Parteien unter. Dieses Narrativ wird in der Geschichte um Rotschlümpfchen und Schlumpfkäppchen (1972/73) erneut aufgegriffen, eine Satire auf den belgischen Sprachenstreit zwischen Flandern und Wallonien. Die Versuche des Brillenschlumpfs (Schlaubi), den Streit normativ durch den Hinweis auf die Grammatik zu regeln, bleiben erfolglos. Das Gesetz wird nicht akzeptiert, es ist dadurch als Lösung unbrauchbar. Es bleibt stumm, weil sein Publikum taub ist.

Dieses Problem des normativen Defizits kehrt in einer Geschichte wieder, in der die Schlümpfe eine Polizei organisieren (Dein Schlumpf und Helfer, 2012). Papa Schlumpf möchte seine Rolle als Schlichter entlasten und schlägt die Einfüh-

rung eines Regelwerks vor: „Wir müssen ein Schlumpfgesetzbuch erstellen“. Die Gesetzgebung erfolgt zunächst partizipativ. Aus individuell empfundenen Konflikten werden allgemeine Verbotsregeln abgeleitet, die das Zusammenleben ordnen sollen.

Schnell zeigt sich ein Folgeproblem: Es liegt weniger in der Formulierung der Regeln als in ihrer Akzeptanz und Durchsetzung. Die Schlümpfe streiten sich über Auslegung und Anwendung der Vorschriften. Um diese Konflikte zu kontrollieren, wird der Brillenschlumpf zum Polizeischlumpf ernannt. In dieser Funktion kommt es zu einem erneuten Machtmissbrauch: Die Durchsetzung des Gesetzes verselbständigt sich gegenüber seinem ursprünglichen Zweck. Der Höhepunkt der Geschichte ist erreicht, als sich herausstellt, dass der Polizeischlumpf selbst das für den Jahrmarkt vorgesehene Feuerwerk in Brand gesetzt hat. Die Polizeischlumpfe treten daraufhin geschlossen von ihren Ämtern zurück.

» *Demokratie und Rechtstaatlichkeit, bzw. was mit dem Ausdruck der „rule of law“ noch treffender ausgedrückt werden kann, sind fundamentale Prinzipien bei den Schlümpfen.* «

Für die Nachfolge gibt es keine Freiwilligen. Stattdessen fassen die Schlümpfe den guten Vorsatz, sich mehr Mühe zu geben, um die Regeln einzuhalten – und wenn es trotzdem zu einem Streit kommt, wird wieder Papa Schlumpf als Schlichter angerufen. Damit kehrt die Erzählung bewusst zur ästhetischen Grundordnung der Schlumpfgeschichten zurück. Nach innen (ästhetisch) bleibt sie unangetastet; nach außen jedoch eröffnet sie einen Reflexionsraum, in dem die realen Grenzen rechtlicher Ordnung sichtbar werden.

Die Kunst vermag es, Konsequenzen aufzuzeigen, die wir nicht in der Wirklichkeit erdulden müssen. Die Schlumpfgeschichten umschreiben ein normatives Defizit. Politische Ordnung ist dort fragil, wo sie nicht auf einer vorgängigen, emotional und ästhetisch vermittelten Zustimmung der Gemeinschaft beruht. Im Sinne Schillers lässt sich diese Ordnung als ästhetische Legitimation beschreiben. Sie gründet nicht auf Zwang oder Sanktion, sondern auf der Bereitschaft der Individuen, sich als Teil eines Ganzen zu verstehen. Das Schlumpfdorf fungiert so als ästhetischer Resonanzraum, in dem die Voraussetzungen politischer Ordnung sichtbar wer-



den, ohne selbst eine politische Theorie im engeren Sinne zu formulieren. Noch einmal Schiller aus den letzten Absätzen seiner Abhandlung zur ästhetischen Erziehung:

„Der ... ästhetische Staat allein kann [die Gesellschaft] wirklich machen, weil er den Willen des Ganzen durch die Natur des Individuums vollzieht. Wenn schon das Bedürfnis den Menschen in die Gesellschaft nötigt, und die Vernunft gesellige Grundsätze in ihm pflanzt, so kann die Schönheit allein ihm einen geselligen Charakter erteilen.“

Den geselligen Charakter des Schlumpfdorfs können wir uns zu eigen machen. Was für einen ordnenden Reflex nehmen wir daraus mit? Die Erkenntnis, dass ein Machtvakuum in der Regel negative Folgen hat, kehrt in mehreren Geschichten wieder. Umgekehrt bestätigt die herausgehobene Position von Papa Schlumpf ein Prinzip, das am ehesten mit Platos Idee des Philosophenstaats korrespondiert. Nicht zuletzt der sokratisch anmutende Bart Papa Schlumpfs zeigt dies auch optisch an. Zwischen diesen Polen werden in den Geschichten (Un-)Ordnungen auf ihre Auswirkungen auf die Schlumpfgemeinschaft getestet. So ist eine feine Linie zwischen kreativer Anarchie und gesetzlosem Kampf zu ziehen. Ein gewisses Maß an Regellosigkeit wirkt befreiend, zu viel davon gefährdet das friedliche Miteinander. Auch die Willkürherrschaft, sei es durch den Herrscher oder die Ordnungskräfte, engt die Gemeinschaft zu sehr ein. Bei den Schlümpfen gilt der Gleichheitssatz. Des Weiteren beruht die Schlumpfordnung darauf, nicht zu viel Neid und Egoismus zuzulassen. Allerdings helfen die Schlümpfe in *Der Astronautenschlumpf* [1967/70]) einem der Ihren, den Traum einer Mondreise zu verwirklichen, zwar nur als immersive Illusion, aber erfolgreich. Die Schlumpfgemeinschaft bedeutet also nicht nur Uniformität, sondern auch Respekt individueller Eigenheiten.

Versuchen wir, die unausgesprochenen Werte der Schlümpfe positiv zu formulieren, liegt der Rückgriff auf die revolutionären Werte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nahe. Die Schlumpfmützen stehen insofern nicht nur äußerlich den phrygischen Mützen der Französischen Revo-

lution nahe. Die Schlumpfgeschichten sind freilich nicht in allen Belangen ein Modell – Schlumpfine, ursprünglich (d.h. in der Geschichte von 1967) vom bösen Zauberer Gargamel geschaffen, um die Einigkeit und Solidarität der Schlümpfe zu sabotieren, ist nicht gerade eine Blaupause für reale Vorstellungen eines fairen Geschlechterverhältnisses. Gleichwohl: Demokratie und Rechtstaatlichkeit, bzw. was mit dem Ausdruck der "rule of law" noch treffender ausgedrückt werden kann, sind fundamentale Prinzipien bei den Schlümpfen. Allerdings stehen diese Prinzipien nicht immer an erster Stelle und müssen in der Krise immer wieder neu begründet werden. Der legalistische Brillenschlumpf und der die Abstimmung manipulierende Schlumpfissimus machen diese Verwundbarkeit deutlich.

Der diese Krisen überwindende Erfolg der Schlümpfe liegt in ihrer Gemeinschaft, ihrem „Dorf-Sein“ (das in der Comicgeschichte u.a. auch bei Asterix eine tragende Rolle spielt). Gemeinschaften, die auf geteilten ästhetischen (d.h. im Sinne Schillers emotional zugänglichen) Grundsätzen beruhen, stabilisieren eine Gesellschaft, die wiederum diese Gemeinschaften ermöglichen und fördern sollte. So lässt sich sogar mit den Schlümpfen ein Staat machen. Schillers ästhetischer Staat bleibt eine Denkfigur, doch im Schlumpfdorf nimmt er erzählerische Gestalt an. ■

» So lässt sich sogar mit den Schlümpfen ein Staat machen. Schillers ästhetischer Staat bleibt eine Denkfigur, doch im Schlumpfdorf nimmt er erzählerische Gestalt an. «

Quellen

Der Text Schillers ist in zahlreichen Ausgaben gedruckt erhältlich. Er steht außerdem im Deutschen Textarchiv in drei Teilen online:

https://www.deutschestextarchiv.de/schiller_erziehung01_1795

https://www.deutschestextarchiv.de/book/show/schiller_erziehung02_1795

https://www.deutschestextarchiv.de/book/show/schiller_erziehung03_1795



Brüsseler GERÜCHTE

von Dr. Klaus Nutzenberger

Momentan – man kann es nicht anders sagen – ist wirklich etwas los im Europäischen Parlament und damit auch in den Gebäuden der EU-Kommission. Dabei ist es nicht nur interessant, dass sich dort ganze Hundertschaften von Beamten und Beamtinnen mit der Vorbereitung des sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmens, also mit dem neuen Budget der EU für die Jahre 2028–2034, beschäftigen. Es hat immerhin ein geplantes Volumen von über zwei Billionen Euro, das in den nächsten sieben Jahren ab 2028 ausgegeben werden soll¹. Ebenso interessant ist zu erwähnen, dass Frau von der Leyen nicht ungeschickt die EU als außenpolitischen Partner der Weltmächte ins Rennen schicken möchte, indem sie z. B. nach der Ungarn-Wahl die großen Ukraine-Hilfen freisetzen will und auch einige europäische Rüstungsinitiativen ergriffen hat (Stichwort: strategische Autonomie, gilt allerdings nicht nur für das Militär). Weiter ist noch hervorzuheben, dass die EU-Kommission momentan Vorschlag auf Vorschlag zur Beschleunigung der europäischen Wirtschaftsentwicklung vorlegt (u. a. Industrial Accelerator Act, i. e. eine Art Beschleunigungsgesetz), weil man im Berlaymont-Gebäude am Rond Point Schumann eben diese einknicken sieht. Das alles sind bemerkenswerte Initiativen und sie sollten auch

registriert werden. Es gibt noch weitere; schon erwähnt in den Brüsseler Gerüchten, deshalb auch nur kurz gestreift. So wäre sicher noch über die anhaltende Tendenz in Brüssel zu sprechen, den Green Deal mit seinen umweltpolitischen Vorgaben ansatzweise zurückzuführen (z. B. bei den kommunalen Abwassern). Aber das ist wie bemerkt schon in den letzten Ausgaben der Brüsseler Gerüchte angerissen worden. Es wären viele Punkte aus kommunaler Sicht noch einige Bemerkungen wert.

Dennoch – so wichtig diese Aktivitäten auch alle sind. Wir sollten hier einige Schritte von dem o.g. Abstand nehmen und als Kommunale – quasi als Rüstzeug für die zukünftigen Diskussion in Europa – die Grundbedingungen, das „Warum“ zu betrachten, das die Politiker in Brüssel zu den besagten Entscheidungen bewogen hat. Eine solche Selbstvergewisserung klärt vieles und so sind es nach Einschätzung des Autors drei Phänomene, die substanzuell für die o. g. politischen Schachzüge und die Brüsseler Hektik verantwortlich sind. Kommen wir zum aktuell größten innenpolitisch alles überschattenden Problem Europas, der Lage der öffentlichen Budgets der Mitgliedstaaten.

¹ Erklärend ist hier noch zu erwähnen, dass aktuell das Budget der EU u.a. zu ca. 24 Prozent von Deutschland, ca. 16 Prozent von Frankreich und ca. 12 Prozent von Italien und zu ca. 8 Prozent von Spanien finanziert wird.

ÖFFENTLICHE FINANZEN

Die öffentlichen Finanzen der europäischen Nationalstaaten sind europaweit in einer ziemlichen Schieflage. Das ist mittlerweile eine Binsenweisheit. Das Ganze hat Auswirkungen auf das EU-Budget oder wird es haben und damit auch auf die Zahlungen der EU an die Kommunen. Vor allem aber entscheiden die öffentlichen Finanzen maßgeblich mit darüber, ob die europäische Wirtschaft wieder flott wird. So lag die durchschnittliche Staatsverschuldung im Herbst 2025 bei 82,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU. Einzeln betrachtet, lagen Griechenland, Italien, Frankreich, Belgien und Spanien bei einer Staatsverschuldung von über 100 Prozent. Deutschland wird vielleicht bald auch dabei sein, wobei man z. Zt. allerdings noch mit um die 65 Prozent rechnet. Lettland, die Niederlande (knapp 50 Prozent) und Schweden sind z. Zt. ebenfalls auf der Überholspur in Sachen Schulden. Auch dort scheint der einst so gepriesene protestantische Sparwillen im Abklingen zu sein. Die Diskussion geht hoch her. Nicht nur in Deutschland. Stehen wir in Europa vor einem grandiosem Schuldenfiasko? Stoppt die Überschuldung der Staaten die wirtschaftliche Genesung Europas? Viele sagen ja. Man solle sparen, auch und gerade in der EU. Wir werden sehen (on verra). Jedenfalls sind Programme à la Accelerator Act (siehe oben), die ja nicht nur Entbürokratisierung und Entfesselung des Marktes bedingen, sondern auch finanzielle Flankierung durch die öffentliche Hand, damit also Verschuldung, erfordern, schwerer durchzuführen als vor ein paar Jahren.

Doch es gibt auch eine Gegenmeinung. Man verweist hier mit einem gewissen Recht auf die Tatsache, dass es außerhalb Europas auch nicht viel besser bei den einzelnen öffentlichen Finanzen aussieht und dort auch eigentlich keiner an große Sparmaßnahmen denkt. In Japan z. B. liegt die Verschuldung mit 240 Prozent, in den USA mit 126 Prozent und Indien mit 55 Prozent z. T. viel höher als in Europa. Weiter vermutet man in China, offiziell mit 107 Prozent Staatschulden, noch eine ganze Menge weiterer finanzieller „Leichen“ im Keller. Aber selbst dort geht irgendwie nicht der Sparfuchs um. Demnach alles nicht so schlimm? Ja und Nein, denn die europäischen „Spargegner“ lassen die volkswirtschaftlichen Sonderbedingungen in jenen Ländern ein bisschen außer Acht. Der japanische Staat ist zum Beispiel zu 90 Prozent beim japanischen Bürger verschuldet, was ihn vor Finanzattacken durch ausländische Dritte schützt und das Land nicht völlig dem globalen Finanzmarkt ausliefert.

Man kann also in Tokio die Dinge unter sich regeln. Das kann übrigens auch Italien. Weiteres Beispiel sind die USA. Bei ihnen laufen immer noch fast alle Finanzströme der Welt zusammen. Man ist demnach immer flüssig. Zudem ist die amerikanische Währung die Leitwährung der Welt. Man hat zudem ein eigenes Recht zum Druck der Geldscheine und kann als Leitwährung ggf. das Inflationsrisiko auf fast die ganze Welt verteilen. Da tun die sicher zu hohen 126 Prozent Staatsverschuldung nicht ganz so weh. Und China? Dort hat der Staat letztendlich alles in der Hand und kann zur Not den großen Knüppel aus dem Sack lassen und mit ihm soziale Probleme „lösen“. Zudem hat man nicht unbedeutende Monopole an Rohstoffen (Seltene Erden), die man in die Waagschale werfen kann. Vergleiche also niemand Peking mit Brüssel. Zum Glück gibt es da große Unterschiede; in vielerlei Hinsicht.

Die Frage ist nun: Wie reagiert die Union? Wird sie an sich selbst eine Finanzreform vollziehen und zwar in dem Sinne, dass sie spart? Schaut man auf den Budgetentwurf, kann man eher nicht davon sprechen. Wird die Kommission zudem die Nationalstaaten zur Dämpfung ihrer Ausgaben via Schuldenvorgaben (Maastricht-Kriterien) anregen? Auch hier ist eher mit einem Nein zu antworten. Denn folgt man dem Draghi-Bericht (im EU-Auftrag geschrieben), der vor einigen Monaten erschienen ist und der im Kern die Ausweitung von Investitionen und Modernisierungen der Industrie in Schlüsselbereichen wie Digitales empfiehlt, so zeichnet sich auch hier ein Szenario ab, was eher Keynes als Brüning, also eher Ausgaben als Einsparungen, entspricht. Rein formal nutzt das übrigens sogar den Kommunen, denn die Zahlungen der Nationalstaaten und aus der EU-Kasse an sie blieben so in der Zukunft tendenziell erhalten. Kann man sich darüber hinaus eine solche Politik à la Draghi ohne Flankierung durch ein relativ hohes soziales Schutzniveau vorstellen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen.

Wenden wir uns also dem zweiten Phänomen zu, über das in Brüssel verstärkt gesprochen wird, der schon kurz angerissenen Ausgabenpolitik der EU.

ZAHLUNGEN DER EU AN DIE NATIONALSTAATEN AUS DEM EU-BUDGET

Eng mit dem Punkt „Staatsverschuldung“ sind die Ausgaben der EU verbunden. Das EU-Budget ist wie gesagt aktuell auf dem Prüfstand. Für die deutschen Kommunen sind



dabei die Finanzierungen durch die EU-Strukturfonds (392 Mrd. Euro für sieben Jahre) und ähnlicher Fonds (Forschung) von besonderer Bedeutung. Auch ist der Landwirtschaftsfonds (aktuell 386 Mrd. Euro für sieben Jahre) nicht ganz zu vernachlässigen, denn er stärkt ja auch und insbesondere die Infrastruktur der jeweils betroffenen Länder im ländlichen Raum. Bei den Zahlungen an Strukturfondsmitteln ist momentan Polen der Spitzenreiter (ca. 75 Mrd. Euro), dann folgen Italien (43 Mrd. Euro) und Spanien sowie Rumänien. Deutschland ist hier auf Platz 5 mit 19 Mrd. Frankreich und Italien, dann aber auch schon Deutschland und Spanien sind die Profiteure des Landwirtschaftsfonds. Die Margen schwanken je nach Land zwischen 9 und 6 Mrd. Euro pro Jahr, sind also nicht so ganz weit voneinander entfernt. Nicht umsonst demonstrieren Bauern aus Galizien mit Landwirten aus der Auvergne und aus Franken in Brüssel immer „Seit an Seit“ vor der EU-Zentrale am Rond Point Schumann, wenn – wie jetzt – Kürzungen im Gespräch sind. Man ist sich da keineswegs spinnefeind. Werden die deutschen Kommunen einer höheren oder gleichen Ausgabenpolitik zustimmen oder nicht? Das Eigeninteresse – mehr Geld und vor allem Kontinuität in manchen Programmen – sprechen für die erste Variante, volkswirtschaftliche Argumente eher dagegen. On verra ll.

STRATEGISCHE AUTONOMIE

Ein besonders schillernder Begriff der EU ist aktuell der der strategischen Autonomie. Geboren in den Zeiten der Pandemie, als man in Europa schmerzlich entdeckte, wie sehr man von den Produktionsstätten außerhalb Europas abhängig war, begann man in der EU – *horribile dictu* für ein wirtschaftsliberales System – einen europäischen Autarkieplan zu entwickeln, um unabhängiger zu werden. Zuerst konzentrierte sich das Ganze auf die Gesundheitsbranche, weil

Impfstoffe und ähnliches fehlten, dann griff man darüber hinaus und schloss Bereiche wie Rohstoffhandel, Energielieferungen und Schlüsselprodukte im digitalen Bereich etc. mit ein. Mittlerweile hat diese strategische Autonomie einen Umfang angenommen, der sogar die Rüstungsindustrie mit einbezieht, früher eine fast unantastbare heilige Kuh für die EU. Die NATO-Krise lässt diesen Gedanken näher rücken. Buy Europe (kauft und produziert europäische Waren und Produkte) ist hier das Schlüsselwort. Auch die kommunale Seite ist hievon betroffen. Ob im öffentlichen Auftragswesen, bei der Energiegewinnung oder dem Schutz von Daten des Bürgers und der Unternehmen, überall gibt es kommunale Bezüge. Sie sind oft nicht dominant, aber nicht unwichtig. Auch gibt es indirekte Bezüge. Kommunale Krankenhäuser sollten durchaus dafür sein, im Katastrophenfall über genügend Medikamente zu verfügen, um dem Ernstfall zu genügen. Eine hohe Garantie dafür bietet eine Produktion zwischen Lissabon und Brest-Litowsk.

Es liegt natürlich auf der Hand, dass diese Politik auch ihre Schattenseiten hat. Autarkie – und wenn auch nur in Schlüsselbereichen – bedeutet Abschottung. Abschottung verengt den Markt. Das will ja auch die EU nicht, denn sonst würde sie ja nicht auf die anstehenden Freihandelsabkommen drängen. Auch die Kommunen sind als Nicht-Unternehmen nicht immer an dem Ausschluss von Waren interessiert, da dieser den Preis bei manchen Vorhaben (Bauindustrie) in die Höhe treiben kann.

Wie dem auch sei. Auch hier sollten die Kommunen gewahrt sein, dass das dritte o.g. Phänomen ebenso seine großen Auswirkungen auf die kommunale Seite hat wie die anderen beiden. Wie heißt es in der Bibel: „Deine Antwort sei ja, ja oder nein, nein. Alles andere ist von Übel.“ Wir müssen uns entscheiden. ■

“
**JEDER
BRAUCHT
MAL HILFE**
”



0800-1110111
0800-1110222

www.telefonseelsorge.de

Anonym. Kompetent. Rund um die Uhr.